

Oskar Weggel

Asien im Jahre 2050

Versuch einer virtuellen Umrißbestimmung

Teil 5:
Stilfragen
Abschnitt 2:
**Berechenbarkeit (Zur Abrundung auch
noch Ergänzungen zu Abschnitt 1)**

Kapitel 1 hat ein virtuelles Panoramabild Asiens im 21. Jh. präsentiert. In Kapitel 2 sind die potentiellen Träger künftiger Entscheidungen und in Kapitel 3 die aller Erwartung nach voraussichtlich in den Vordergrund tretenden Themen skizziert worden.

In Kapitel 4 wurden die wirtschafts-, die politik- und die sozialstrategischen Strategien präsentiert.

Kapitel 5 wendet sich dem voraussichtlichen „Wie“ der Problemlösung, also dem Bereich der Stilfragen zu.

Abschnitt 1 bezog die Perspektive von unten nach oben, widmete sich also den Erwartungen, die vom politischen „Verbraucher“ an die Führungselite herangetragen werden, und bei denen fast unausweichlich die Thematik der „Informalität“ ins Visier rückt. Einige Punkte dieser Thematik sind im vorliegenden Kapitel noch nachzuholen (unter den Punkten 5.1.2.4 und 5.1.3).

Abschnitt 2 bezieht die umgekehrte Blickrichtung und skizziert die Verhaltenserwartungen der Führung gegenüber der Bevölkerung.

Gliederung

- 5.1.2.4 Informalität in der Großen Politik
- 5.1.2.4.1 ASEM: Harmonie als Ziel
- 5.1.2.4.2 ARF und „Diplomatie der zweiten Spur“
- 5.1.2.4.3 ASEAN
- 5.1.3 Spielregeln und Ordnungsvisionen als sachliche Ergänzungen zum „Personalismus“
- 5.1.3.1 Spiel-/Vermeidungsregeln
- 5.1.3.2 Ordnungsvorstellungen und -visionen

- 5.2 Berechenbarkeit: Die Perspektive von oben nach unten
- 5.2.1 Berechenbarkeit durch Einordnungsbereitschaft
- 5.2.1.1 Einordnung - abhängig vom Menschenbild
- 5.2.1.2 Institutionalisation und Personalisierung
- 5.2.1.3 Einordnung im Betrieb
- 5.2.1.3 Die Schattenseite des Personalismus: Unterschleif und Korruption
- 5.2.2 Respektvolles Verhalten, das nicht unbedingt altmodisch ist
- 5.2.2.1 Macht
- 5.2.2.2 Charisma
- 5.2.3 Kommunikation: Wie läßt sich der „Draht“ zwischen Führung und Bevölkerung verbessern?
- 5.2.3.1 Internet, Mobiltelefone und das gute alte Netzwerken
- 5.2.3.2 Die Suche nach einer gemeinsamen Sprache
- 5.2.3.2.1 Englisch?
- 5.2.3.2.2 Asiatische Sprachen als *linguae francae*?
- 5.2.3.2.3 Der dritte Weg: Neue Übersetzungstechnologien

5.1.2.4

Informalität in der Großen Politik

Drei Axiome sind es, die das Verhalten asiatischer Politiker zu bestimmen pflegen und die als solche von vielen Europäern entweder nicht verstanden oder aber als vor-sintflutlich empfunden werden. Sie laufen darauf hinaus, daß, wie bereits ausgeführt, informelle persönliche Beziehungen der formellen Institutionalisation, Rituale dem Recht und harmonische Lösungen der streitigen Entscheidung vorgezogen werden: „Streitkultur“ ist ein Fremdwort im Politvokabular Asiens!

Drei Beispiele aus der „großen Politik“ sollen diese Einstellung exemplifizieren, nämlich ASEM, ARF und ASEAN.

5.1.2.4.1

ASEM: Harmonie als Ziel

Das ASEM-Konzept (Asia-European Meeting) ist aus dem Bedürfnis hervorgegangen, das letzte Teilstück zwischen dem planetarischen Dreieck Ostasien, Amerika und Europa zu schließen: Während die Beziehungen zwischen Asien und Amerika durch die seit 1989 bestehende APEC, das Verhältnis zwischen Europa und den USA aber durch das transatlantische Nato-Bündnis sowie durch den G7-Gipfel vielfach unterbaut ist, hat es bis 1996 an einem vergleichsweise soliden Verbindungsstück zwischen Asien und Europa gefehlt.

Als Patentlösung wurde deshalb, wenn auch mit einiger Verspätung, das ASEM aus der Taufe gehoben, das sich aus den neun ASEAN-Staaten, der VR China, Japan und Südkorea sowie den 15 EU-Staaten rekrutiert.

Der Öffentlichkeit präsentierte sich das ASEM am 1./2. März 1996 in Form eine spektakulär aufgezeigten Gipfeltreffens der EU- und der ASEAN+3-Staaten. Als Leitmotiv dieses Treffens sollte sich hierbei die asiatische Vorstellung erweisen, daß nicht Sachthemen, sondern gedeihliche persönliche Beziehungen zwischen den Regie-

rungschefs im Zentrum einer neuen asiatisch-europäischen Partnerschaft zu stehen hätten. Für die europäischen Teilnehmer wurde dieses erste ASEM-Treffen denn auch zu einer Art Nachhilfeunterricht in Sachen Harmonie und Optimismus. Peinliche Fragen wie Menschenrechte, das Waldsterben in Asien oder Sextourismus blieben ausgespart (, wurden allerdings um so nachdrücklicher durch eine Parallelveranstaltung der NGOs, d.h. der Nichtregierungsorganisationen, thematisiert).¹ Damals gingen Bilder um die Welt, die zeigten, wie Europäer und Asiaten in „bunter Reihe“ sich gegenseitig bei den Händen faßten, und zwar mit vor der Brust überkreuzten Armen. Die verduztten Europäer fügten sich hier dem „asiatischen“ Versuch, jene „vertrauensvolle Atmosphäre“ herzustellen, die den Chinesen als *qifen*, den Japanern als *kimochi* und den Koreanern als *kibun* ans Herz gewachsen ist.

Zur ASEM-Gipfelkonferenz vom März 1996 hat es inzwischen eine Reihe von Nachfolgetreffen gegeben. So fand beispielsweise im September 1997 in Frankfurt ein Symposium über die Finanzierung von Infrastrukturbauten durch privates Kapital statt, an der auch asiatische Außenminister beteiligt waren. Im November des gleichen Jahres kam es in Bangkok zum „ASEM Business Forum“, das erneut im Geiste von „Kamingesprächen“ abgehalten wurde - oder besser: in dieser Weise abgehalten werden sollte.

5.1.2.4.2

ARF und „Diplomatie der zweiten Spur“

Die *guanxi*- und *qifen*-Idee hatte bereits zwei Jahre vor dem ersten ASEM-Treffen auf eine andere Veranstaltung abgefärbt, die erstmals in Singapur ausprobiert worden war, nämlich auf das ARF (ASEAN Regional Forum). Unausgesprochen sollte das ARF, das seit 1994 Jahr für Jahr ans ASEAN-Außenministertreffen angehängt wurde, einem höchst sensiblen Thema gelten, nämlich der Eindämmung des Spratly-Konflikts, in den neben der VR China auch eine Reihe von ASEAN-Staaten, allen voran Vietnam, Brunei, Malaysia und die Philippinen, verwickelt waren. Allerdings sollte die heikle Frage nicht beim Namen genannt, sondern in „zwanglosester“ Form - und aufs freundschaftlichste - moderiert werden. Treffend charakterisiert Pretzell² das Forum als eine Veranstaltung, bei der man zwanglos über alles sprechen könne, ohne bindende Beschlüsse oder verpflichtende Direktiven befürchten zu müssen. Die Prinzipien, die das Denken und Handeln bei solchen Konferenzen wie eine Maxime leiten, seien Offenheit, Flexibilität und die Bereitschaft, sich möglichst entgegenzukommen... Ein Forum sei also offen, erweiterbar, nicht ausgrenzend und nicht bindend. Es biete aber gleichwohl die Möglichkeit für einen regelmäßigen Gedankenaustausch. Dieser Kontakt und der immer wieder bekundete Wille zur Zusammenarbeit erzeugten ein Wir-Gefühl und damit gleichzeitig auch einen gewissen Druck zum Konsens. Jeder könne seine Bedenken äußern und niemand sich darauf hinausreden, er habe nichts gewußt. Das Forum sei die asiatischste Form internationaler Kooperation und überdies die wohl zeitgemäßeste. In erster Linie komme es darauf an, daß

es das Forum gibt, daß es stattfindet und daß alle erscheinen. Daß 'etwas dabei herauskommt', sei demgegenüber von eher untergeordneter Bedeutung. Das Forum schaffe Bewußtsein und sei daher der beste Ort für die Früherkennung kritischer Entwicklungen.

Die ARF- und ASEM-Praxis hat vielen Europäern mittlerweile das Gefühl vermittelt, daß politisches Agieren in Zukunft nicht mehr unbedingt westlichen Drehbüchern folgen und daß auch nicht unbedingt ein bestimmtes Thema erörtert werden muß. Einfach „nur so“ zusammenzukommen, zu „plaudern“ und gemeinsam Tee zu trinken - dies ist ein politisches „Programm“, das einem Nichtasiaten zwar noch auf lange Zeit hin befremdlich erscheinen dürfte, das aber nolens volens zu beherzigen ist, wenn der asiatisch-europäische Dialog lebendig bleiben soll.

Das ARF darf nicht isoliert gesehen werden. Vielmehr ist es ein Einzelfaden in einem dichten Gespinnst von Gesprächsverbindungen, wie es sich zwischen asiatischen Regierungen spontan herausentwickeln pflegt. Zu diesem Gewebe gehören einerseits persönliche Bekanntschaften zwischen Politikern, die ihr Land formell nach außen hin vertreten, daneben aber auch eine „Diplomatie der zweiten Spur“, die sich zwischen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen, nicht zuletzt auch zwischen den in der Politikberatung so wichtigen Denkfabriken abspielt. Kein Wunder, daß die verschiedenen Forschungsinstitute, sei es nun das „Institute of Strategic International Studies“ (ISIS) in Kuala Lumpur, das ISEAS in Singapur und das CSIS (Center of Strategic International Studies) in Jakarta oder aber Beratungsgremien der Bangkokener Chulalongkorn-Universität im politischen Leben der südostasiatischen Länder eine so überragende Rolle spielen. Zu all diesen persönlichen Bekanntschaften und zwischeninstitutionellen Kooperationsformen kommt als drittes Element das ARF hinzu, das nach dem Beitritt Indiens und Birmas im Jahre 1996 über immerhin schon 21 Mitglieder verfügt und in dessen Gesprächskreis kein Thema tabuisiert wird, sei es nun die Bedrohungsperzeption der einzelnen Regierungen gegenüber China, die Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel oder aber die Spannungen in der Straße von Taiwan.

All diese informellen Kanäle ergeben sich aus der unübersehbaren Vielfalt persönlicher Beziehungen und wirken - als untergründige Diplomatie - auch auf die Gespräche zwischen den Regierungen ein.

Viele Europäer, lange Zeit aber auch die USA, haben den Fehler begangen, heikle Probleme wie die Menschenrechtsfrage oder aber Sicherheitsaspekte immer nur offiziell - und vor laufender Kamera - anzusprechen, statt sich auf die Nebenwege im Dschungel der asiatischen Informalität zu begeben. Zu diesen Seitenpfaden führen im Bereich der ASEAN beispielsweise rund 200 Sitzungen von Ausschüssen und Unterausschüssen pro Jahr, nicht zu vergessen auch die Diskussionen auf Universitätsebene oder auf Konferenzen, die oft höchst konkrete Ergebnisse zeitigen, ohne daß vor aller Öffentlichkeit Porzellan zerschlagen und damit auch „Gesichter zerbrochen“ werden: „*bak muk*“, wie die Kambodschaner sagen. Nichts wiegt in der asiatischen Diplomatie ja schwerer als die Angst vor Gesichtsverlust - ein Tatbestand, der in fast allen asiatischen Sprachen zu höchst subtilen Wortbildungen geführt hat, sei es nun zum chinesischen *shi mian*, zum thailändischen

¹Näheres dazu C.a., 1996/2, S.159-161.

²SOAa, 1994/3, S.163.

Khai naa oder zum philippinischen *hiya*: Im Tagalog gibt es bezeichnenderweise nicht weniger als sechs verschiedene Ausdrücke für „Gesicht“ - und Gesichtsverlust.

Gesichtswahrung gehört damit zu den Haupterwartungen asiatischer Diplomaten - dies sollten Europäer immer beherzigen!

Die USA haben sich auf solche Gesichtspunkte zeitlich etwas früher eingelassen als die Europäer, auch wenn sie in ihrem offiziellen Auftreten bisweilen den Vorschlaghammer zu benutzen scheinen. Bereits 1983 nämlich wurde der „Rat für Sicherheitszusammenarbeit in der asiatisch-pazifischen Region“ (CSCAP) gegründet, in den Washington 82 Delegierte entsendet, ein Staat wie Indonesien aber 74, darunter allein 34 hohe Offiziere. Nicht Regierungsmitglieder, sondern „eminent persons“ sollen hier miteinander ins Gespräch kommen und Netzwerke knüpfen, die bis ins Regierungslager hineinreichen.

Nur im Bereich solcher Gremien lassen sich auch multilaterale Dialoge führen - unter anderem mit der VR China, die sich bekanntlich auf offizieller diplomatischer Ebene mit Händen und Füßen gegen die „Internationalisierung“ gewisser Fragen wendet, deren öffentliche Erörterung ja nur Gesicht kostet, sei es nun des Spratly-Problems oder aber der Menschenrechtsfrage.

5.1.2.4.3

ASEAN

Aus ähnlichem Stoff wie ASEM und ARF besteht auch die schon 1967 gegründete ASEAN. Schon die Art und Weise, wie diese „Association of Southeast Asian Nations“ aus der Taufe gehoben wurde, gab vielen Europäern Rätsel auf, falls sie sich überhaupt Gedanken machten: Anders als bei der Gründung der EWG oder gar der EU (Verträge von Rom und Maastricht) stand an der Wiege der ASEAN lediglich die zwei Schreibmaschinenseiten umfassende „Sieben-Punkte-Erklärung“ vom 8.8.67, die von den fünf Gründungsmitgliedern Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand unterzeichnet worden war, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß es sich hier um keinen Vertrag handle. Ziel sollte lediglich die „Förderung der regionalen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zur Festigung des Friedens in Südostasien“ sein, wobei dieser Absichtserklärung zwei Prämissen zugrundelagen, nämlich eine antikommunistische Grundhaltung und ein - ebenfalls für Asien typisches - *umfassendes* Sicherheitsverständnis: Nur stabile, wirtschaftlich gesunde und auf dieser Grundlage miteinander verbündete Staaten taugten ja - so die Erwartung - für eine Allianz von Gleichgesinnten!

Leicht „verschwommen“ wie die Zielsetzung nahm sich auch die Organisation der ASEAN aus: So dauerte es beispielsweise neun Jahre, ehe überhaupt eine erste Gipfelkonferenz - und zwar in Bali - stattfand und ehe ein Allianz-eigenes Sekretariat - in Jakarta - gegründet wurde.

Und wie steht es mit den sonstigen „Organen“ der ASEAN?

Da sind zunächst einmal die Gipfelkonferenzen, deren Zahl sich freilich an einer Hand aufzählen läßt. Das erste dieser Treffen trat, wie gesagt, erst neun Jahre nach Gründung des Bündnisses zusammen, und zwar als Reaktion auf die Machtübernahme der Kommunisten in Indo-

china. Ergebnisse dieser „Bali-Konferenz“ von 1976 waren eine „Declaration of ASEAN Concord“ und der bis heute weiterwirkende „Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia“. Die zweite Gipfelkonferenz (August 1977 in Kuala Lumpur) war eine Folgeveranstaltung des Bali-Treffens, der dann sogleich wieder zehn Jahre Pause folgten. Der dritte Gipfel von 1987 (in Manila) sollte eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Gang bringen. Beim Gipfel von Singapur im Januar 1992 wurde - ganz auf der Linie von 1987 - die Gründung einer ASEAN-Freihandelszone (AFTA) bis zum Jahr 2003 beschlossen. Zwar ließ der „Gipfel von Singapur“ verlauten, daß vergleichbare Spitzenkonferenzen künftig alle drei Jahre stattfinden sollten, doch dauerte es bis zum fünften Gipfel in Bangkok, im Dezember 1995, erneut fast vier Jahre.

Genauso wie beim ARF sollten auch bei den Gipfelkonferenzen nicht die Sachthemen, sondern die Versuche zur Verbesserung zwischenpersönlicher Vertrauensbeziehungen im Vordergrund stehen.

Gleichwohl kam es zu einer auch sachlich durchaus ergebnisreichen „Bangkok Summit Declaration 1995“, die mehrere ungewöhnlich klar formulierte Ziele bekanntgab, sei es nun die Aufforderung an die noch abseits stehenden Nationen Südostasiens, bis spätestens 2000 der ASEAN beizutreten, sei es die Verwirklichung einer Atomwaffenfreien Zone in Südostasien oder sei es der weitere Ausbau der Mekong-Subregion. Aufgerufen wurde ferner zum Schutz des kulturellen Erbes, zur weiteren Liberalisierung von Dienstleistungen, zum Schutz von geistigem Eigentum, zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten von Frauen, zur Drogenbekämpfung, zu Maßnahmen gegen AIDS, zu mehr sozialer Gerechtigkeit sowie zur Förderung weiterer Nichtregierungsorganisationen.³ Auch eine ASEAN-Universität sollte langfristig gegründet werden.⁴

Gipfelkonferenzen haben bisher also zwar durchaus bedeutsame Anstöße gegeben, doch wäre es ganz gewiß übertrieben, ihnen Organcharakter zuzuerkennen. Eine solche Kennzeichnung trifft allenfalls auf die Ressorttagungen zu, bei denen die Außenminister seit 1967 jährlich einmal zusammentreffen, sowie auf den Ständigen Ausschuß, zu dem sich hauptsächlich die Botschafter sowie der Außenminister des jeweiligen Tagungsorts treffen, vielleicht auch noch auf die Fachministermeetings, bei denen sich die Ressortleiter für Wirtschaft, Arbeit, Information und Erziehung mit gewisser Regelmäßigkeit ein Stelldichein zu geben pflegen.

Doch gilt sowohl für die Tagungsorte als auch für den jeweiligen Tagungsvorsitz das Rotationsprinzip. Durch die europäische Brille betrachtet nehmen sich nicht nur die hier überall zutagetretenden Organisationsstrukturen, sondern auch die politischen Leitprinzipien immer etwas „weichgezeichnet“ aus. Leitmotive gemeinsamen Handelns sind z.B. die „regionale Elastizität“ (regional resilience), das WIR-Postulat („Think ASEAN!“) und das Konsensprinzip: Sollte auch nur ein einziges Mitglied nicht zustimmen, wird dies sogleich als Veto gewertet. Ausnahmeregelungen treten in „weichsten“ Formulierung-

³SOAa, 1996/1, Ü 1.

⁴Ebd., Ü 3.

gen (z.B. „6 minus X“) zutage und nicht zuletzt gilt es als ausgemacht, daß zuerst immer nur die einfacheren Fragen in Angriff genommen werden, auch wenn durch dieses dilatorische Herangehen die Lösung des Hauptproblems auf ewig und drei Tage hinausgeschoben wird - eine Reihenfolge, die daher von westlichen Politikern in meist umgekehrter Reihenfolge beschrritten wird.

Der „sanfte Stil“ des Umgangs miteinander, wie er in solchen Verhaltensweisen und Prinzipien zum Ausdruck kommt, hilft zwar, hausgemachte Konflikte zu vermeiden, hat andererseits aber auch dazu geführt, daß der Weg der ASEAN an allen Ecken und Enden mit halbfertigen Projekten gesäumt ist, die in kaum drei Jahrzehnten schon auf halber Strecke wieder zum Erliegen gekommen sind, sei es nun der Plan zur Gründung von AIPs (ASEAN Industrial Projects) mit gemeinsamer Finanzierungs- und Managementbeteiligung, sei es die Idee einer AIC (ASEAN Industrial Complementation), d.h. einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit bei der Fertigung bestimmter Produkte, wobei sich der grenzüberschreitende und arbeitsteilige Bau eines ASEAN-Autos zunächst als verheißungsvollste Zielsetzung anzubieten schien, sei es die Gründung von ASEAN-Joint ventures oder sei es schließlich der innerregionale Zollabbau, mit dem die Allianz in der Tat ihre bislang spektakulärsten Fortschritte hat erzielen können.

„Kantenlos“ formuliert sind auch gewisse Sicherheitsvereinbarungen (oder sollte man sagen: -beschwörungen?) wie z.B. die 1971 aus der Taufe gehobene „Zone of Peace, Freedom and Neutrality“ (ZOPFAN), ferner der 1976 abgeschlossene „Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia“, der als Reaktion auf den Sieg der Kommunisten in Indochina gedacht war oder aber der zuletzt wieder in Bangkok neu aufgetischte Plan zur Gründung einer „Nuklearwaffenfreien Zone in Südostasien“.

Trotz des auf viele Beobachter so substanzlos wirkenden Vorgehens und trotz der vielen Worte, die oft eher nach Beschwörungen als nach Erklärungen klingen, kann die ASEAN aber auf eine stattliche Erfolgsbilanz verweisen: hat sie doch nicht nur zahlreiche regionale Konflikte (vor allem die Konfrontasi-Politik Sukarnos in den 60er Jahren!) entschärfen, sondern darüber hinaus auch ein regionales Wir-Gefühl hervorbringen können, wie es wenige Jahrzehnte vorher noch undenkbar erschienen wäre: man erinnere sich daran, daß sogar der Name „Südostasien“ erst während des Zweiten Weltkriegs entstanden ist, und zwar zur Kennzeichnung eines militärischen Operationsgebietes, das dem „Southeast Asian Command“ unterstehen sollte. Nicht zuletzt aber hat sich die ASEAN auch dadurch als höchst modern und zukunftssträftig erweisen können, daß sie die Idee subregionaler („Südostasien“), regionaler (Asien) und internationaler Interdependenz hat anschaulich werden lassen - man denke an die unter Führung von ASEAN-Ländern neu entstandenen subregionalen Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecke,⁵ an Regionalgebilde wie ASEAN, AFTA und EAEC⁶ sowie an überregionale Verflechtungen vom Format der APEC oder der ASEM. Da die ASEAN mittlerweile auch in der APEC eine zentrale Funktion hat einnehmen können, ist davon auszugehen, daß der von ihr gepflegte „sanfte Stil

im Umgang miteinander“ auch dort, im gesamt pazifischen Bereich, um sich greift - und damit letztlich auch die „drei Chinas“ affiziert, die 1992 Mitglieder der APEC geworden sind.

Das „ständige Gespräch ohne den Zwang zur Selbstoffenbarung oder zur formellen Institutionalisierung“ gehört nach alledem zu den Hauptelementen dieses politischen Stils, der keineswegs nur auf die ASEAN-Länder beschränkt ist, sondern längst auch in China, Korea und Japan Wiederhall findet. Letztlich entstammt das diesem Verhaltensstil zugrundeliegende „Beziehungs“-Denken einer Erbschaft, die fast allen asiatischen Subsystemen - angefangen vom Hinduismus über den Theravadabuddhismus bis hin zum Malaio-Islam - gemeinsam ist, nämlich der Erziehung zu Gemeinschaftsdenken und zum Verzicht auf Individualismus. Überall wurden die Maschen im gesellschaftlichen Netz hier für wichtiger erachtet als die Knoten - und damit auch soziale Rechte höher eingeschätzt als subjektive Rechte.

5.1.3

Spielregeln und Ordnungsvisionen als sachliche Ergänzung zum „Personalismus“

5.1.3.1

Spiel-/Vermeidungsregeln

Ordnung im politischen Prozeß läßt sich auf zumindest dreifache Weise herbeiführen, nämlich über Personalverbände, über Institutionen oder aber über Spielregeln.⁷ Während der „Personalismus“ auf zwischenpersönliche Arrangements vertraut, Institutionen aber auf sachliche Zuständigkeiten, Prozeßvorschriften sowie auf die Kontrollierbarkeit von Ergebnissen abstellen, sollen Spielregeln - oder besser: Vermeidungsregeln - Anhaltspunkte dafür liefern, welche Verhaltensweisen *nicht* erlaubt sind. Vermeidungsregeln dieser Art können sich zwischen politischen Gegnern einspielen, die zwar zu keiner Interessen-, wohl aber zu einer Verfahrens-Konvergenz finden, indem sie sich nämlich stillschweigend darüber einigen, daß der Gegner seine abweichenden Positionen auf *berechenbare* Art und Weise vertritt.

Die Variante Nr.1, nämlich der Personalismus, ist, wie bereits ausgeführt, bei den politischen Eliten Asiens - genauso wie bei der Bevölkerung - immer noch am weitesten verbreitet, wobei die Bezeichnungen für identisches Verhalten variieren, sei es nun, daß von *guanxiwang* („Beziehungsnetzen“, so in China), sei es, daß von „Schirmen“ (Vietnam), „cronies“ (Philippinen) oder aber von „Meister/Schüler“ (Patron/Klientel)-Verhältnissen (z.B. Thailand, Indonesien) die Rede ist. Manchmal kommt es auch noch zu quasidynastischen Spätbildungen, so z.B. auf Taiwan, wo eine Zeitlang nicht zu Unrecht von *Jiang wangchao*, d.h. von einer „Jiang-Dynastie“, die Rede war, oder aber, wie bereits ausgeführt, in einer Reihe von südasiatischen Staaten.⁸

Was, zweitens, die Institutionalisierung anbelangt, so hat sie sich in den zur „Informalität“ neigenden politischen Kulturen Asiens⁹ bisher nur im Erklärungs-, nicht

⁵Dazu oben C.a., 1997/4, S.321.

⁶Ebd., S.321 ff.

⁷Dazu im einzelnen Weggel, *Die Asiaten*, a.a.O., S.94 ff.

⁸Dazu in der vorliegenden Serie C.a., 1997/7, S.650 f.

⁹Dazu C.a., 1997/9, S.874 ff.

aber im Realverhalten durchsetzen können. Auch in Zukunft dürften hier noch viele Steine im Wege liegen!

Und die Spielregel?

Zu einem das politische *Procedere* bestimmenden und auf Vermeidungsregeln beruhenden Modell hat vor allem das Indonesien Suhartos finden können. Den Nährboden dafür liefert nicht nur das javanische Harmoniebedürfnis, sondern auch die Tatsache, daß sich die Herrschaft Suhartos über viele Jahrzehnte hin halten konnte und daß deshalb genügend Zeit für die Herausbildung eines ungeschriebenen Regelfiligrans blieb. Die Sieger um Oberst Suharto hatten sich bereits nach dem „Umsturz von 1965“ entscheiden müssen, ob sie an dem „radikalen Populismus“ und an der „gelenkten Demokratie“ des gerade entmachteten Präsidenten Sukarno weiter festhalten oder ob sie sich nicht besser mit jener Spielform des „bürokratischen Populismus“ anfreunden sollten, wie er bereits im präkolonialen Java praktiziert worden war, und zwar unter der Devise, daß der „weise und kluge Herrscher sein Volk konsultiert“.

Die Suharto-Führung entschied sich für die zweite Variante und begab sich auf den Weg der „Golkarisierung“. Zu diesem Zweck wurde 1973 das Regierungsbündnis Golkar (Golongan Karya) als eine Art Sammelbewegung ins Leben gerufen; mit seinen „Funktionalgruppen“ (Berufs- und Standesvertretungen einschließlich der Offiziere) sollte es einen neuen Konsensmechanismus schaffen und gleichzeitig anderen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen. Zwei Parteien konnten den Golkarisierungsprozeß überleben, indem sie 1973 - und zwar durch Zusammenlegung mit anderen Splittergruppen - „vereinheitlicht“ wurden, nämlich die PDI (Demokratische Partei Indonesiens), die aus der früheren Nationalistischen Partei Sukarnos hervorgegangen ist und die sich heutzutage als Interessenvertreterin der neu entstandenen urbanen Mittelschichten des Landes versteht sowie die Vereinigte Islamische Entwicklungspartei (PPP), die zum Sammelbecken aller islamisch ausgerichteten Gruppierungen geworden ist.

Eine Institutionalisierung nach westlich-demokratischem Schnittmuster kann für das Verhältnis zwischen Golkar und den beiden Parteien nicht zustandekommen, weil Golkar erstens einen in die Verfassung eingebauten - und als solchen uneinholbaren - Vorsprung besitzt, der mit den Wahlergebnissen niemals korrelieren kann und weil Teile der PPP, zweitens, das Ziel der Errichtung eines islamischen Staats verfolgen, der mit den Grundvorstellungen der Golkar a priori unvereinbar ist.

Gleichwohl hat sich in über 30 Jahren Praxis eine Art „friedlicher Koexistenz“ zwischen den verschiedenen Gruppierungen eingestellt, die bisher durch Vermeidungsregeln gewährleistet und nur in verhältnismäßig wenigen Ausnahmefällen, z.B. anlässlich der Verhaftung der Sukarno-Tochter Megawati im Jahre 1996, durchbrochen wurde.

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich ein Regelwerk von Verhaltensweisen auch zwischen Politik und Gesellschaft, d.h. vor allem zwischen Militär, Technokratie und der (zumeist chinesischen) Geschäftswelt herausgebildet.¹⁰

Spiel-/Vermeidungsregeln sind aber nicht nur innerhalb einzelner asiatischer Staaten, sondern auch im Außenverhalten vielfach maßgebend geworden. Während „Institutionen“ im allgemeinen rechtlich flankiert sind und vorschreiben, wie sich Staaten oder andere Völkerrechtssubjekte (im positiven Sinne) zu verhalten haben, zeigen die Vermeidungsregeln eher auf, wie sie sich *nicht* benehmen sollen.

Typisch dafür sind die von China, Indien und Birma am 28. Juni 1954 verkündeten - und übrigens nicht zufällig an einer heiligen Zahl ausgerichteten - „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, die zwar auch gegenseitige Respektierung der Souveränität, Gleichheit und friedliches Nebeneinander fordern, ganz besonderen Wert aber auf Nichtangriff und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten legen.

Auch bei den oben (5.1.2.4) bereits erwähnten typisch asiatischen Neubildungen des ARF und des ASEM spielen exklusive Elemente eine wichtigere Rolle als die inklusiven: Es sollen hier z.B. keine Themen angesprochen werden, die den anderen Gesicht kosten, es gibt keine Entscheidung ohne Konsens und es dürfen nur solche Themen erörtert werden, die von einem der Beteiligten *nicht* abgelehnt werden; gerade weil der Regelkatalog so sehr von Tabus bestimmt wird, wirkt er ja auch, wie oben erwähnt, so verschwommen.

Auch die Vorstellungen von Sicherheit und von außenpolitischer Mitbestimmung stehen letztlich im Zeichen der „Negativität“. „Sicherheit“ geht von der Vorstellung maximaler Nichteinmischung aus und „Demokratie“ verlangt in erster Linie nicht maximale Partizipation, sondern gerade umgekehrt minimale Intervention.

5.1.3.2

Ordnungsvorstellungen und -visionen

Auch Ordnungsvorstellungen können den Stil des Handelns einer politischen Führung beeinflussen, sei es nun gegenüber der eigenen Bevölkerung oder sei es gegenüber den Nachbarn. Da außenpolitische Betrachtungen in der vorliegenden Serie bisher so wenig zum Zuge gekommen sind, sei hier ein Blick auf Vorstellungen vom Umgang mit Nachbarvölkern geworfen.

Sieht man einmal von der in literarischen Dokumenten viel zitierten „Völkerfamilie unter dem Himmel“ ab, wie sie für das konfuzianische Denken bestimmend war, so gab es in der Tradition keine gesamtasiatischen Ordnungsvisionen - und es konnte sie auch gar nicht geben, da „Asien“ als politischer oder als wirtschaftlicher Handlungsrahmen real nicht existent war, von einer kulturellen Einheit ganz zu schweigen.

Um so stärker hat sich seit dem Ende der Kolonialzeit, da Vorstellungen von einer zumindest teilasiatischen Identität Gestalt anzunehmen begannen, da und dort ein Interesse gezeigt, wenigstens für die weitere Zukunft erste Ordnungsvisionen zu entwerfen. Umrißhaft gibt es in diesem Zusammenhang mittlerweile drei Varianten, die als solche allerdings nicht offen, sondern eher verschleiert, wenn nicht verschämt, vorgetragen werden: Da ist einmal die den Japanern ans Herz gewachsene Vorstellung von einer „Vogelflug-Formation“, zweitens die chinesische „Mitte-Konzeption“, die offiziell freilich durch wortreich vorgetragene Dreiecks-Vorstellungen überdeckt

¹⁰In diesem Sinne R. William Liddle, „Soeharto's Indonesia: Personal Rule and Political Institutions“, in: *Pacific Affairs*, Vol.LVIII Nr.1, Spring 1985, S.68-90.

wird sowie drittens eine Art Antinomie-Modell, wie es von den meisten südostasiatischen Staaten vertreten wird und das als solches ein Reflex südostasiatischer Widersprüchlichkeiten ist, da es einerseits von zentrifugalen (APEC und Außenweltorientierung), andererseits aber von zentripetalen Vorstellungen (EAEC und Blick nach innen) bestimmt wird.

- „Mitte“ und Peripherie:

Von den oben genannten drei Varianten blickt die chinesische Version auf die älteste Tradition zurück. Noch heute heißt China ja bezeichnenderweise „Reich der Mitte“, wobei die patriarchalische Vorstellung, derzufolge China als pater familias das Zentrum besetzt hält, während die ringsum lebenden anderen Mitglieder der Völkerfamilie ranggemäß tiefer stehen, nach wie vor höchst lebendig ist, und zwar sowohl bei der chinesischen Elite als auch bei der Bevölkerung des „Reichs der Mitte“, nicht zuletzt aber auch bei den Nachbarvölkern, denen dieses Nachleben der Tradition beträchtliches Unbehagen bereitet.

Als Beispiel für dieses Spannungsverhältnis können die Beziehungen zwischen China und Vietnam dienen, die fast zwei Jahrzehnte lang (70er und 80er Jahre) im Zeichen der Konfrontation - und keineswegs der familiären Kooperation - gestanden hatten, weil das durch eindrucksvolle Siege in zwei Indochinakriegen selbstbewußt gewordene Vietnam der chinesischen Zumutung, wieder in die traditionelle Rolle eines pietätvollen Familienangehörigen zurückzuschlüpfen, nicht länger nachkommen wollte. Seit die beiden Nachbarn allerdings, beginnend mit dem Jahr 1991, dazu übergegangen sind, ihr Verhältnis wieder zu renormalisieren, finden, in höchst subtiler Weise, auch wieder Verbeugungen statt, indem nämlich Vietnam beispielsweise das reformerische Modell der VR China fast wortwörtlich kopiert - und damit eine Gewohnheit wieder aufnimmt, wie sie sich im Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn seit zwei Jahrtausenden eingespielt hatte.

Da die VR China ihre Mitte- und Familienverbandsvorstellungen am Ende des 20. Jh. in aller Offenheit kaum noch einfordern kann, laboriert sie zwischenzeitlich mit Trilateralismus-Spekulationen, in denen die Welt beispielsweise wirtschaftlich als planetarisches Dreieck (Ostasien - Europa - Amerika), politisch aber als viermaliges Dreieck in Erscheinung tritt,¹¹ wobei diese Vierheit von der einzigen noch verbliebenen Supermacht, nämlich den USA, zu einem Ganzen zusammengehalten wird - zumindest vorläufig: Da es nämlich nur noch wenige Jahrzehnte dauert, ehe China - vermutlich im Jahre 2020 - wirtschaftlich an den USA vorbeizieht, sind solche Überlegungen wohl eher mittelfristig-taktischer Natur. Strategisch dürfte die chinesische Führung nach wie vor in Kategorien denken, die politischen Eliten des Reichs der Mitte zweitausend Jahre lang in Fleisch und Blut übergegangen sind. Selbst wenn im 21. Jh. nur noch der Hauch einer Chance bestehen dürfte, solche Vorstellungen auch in die Praxis umzusetzen, spielen sie doch in der Perzeption Beijings nach wie vor eine Rolle und sollten bei der Beurteilung chinesischen Außenverhaltens stets mit im Blickfeld bleiben.

- Wildgänseflug in V-Form?

Auch die wirtschaftliche Supermacht Japan vertritt ein hierarchisches Weltbild, das zwar von keiner Tokyoter Regierung offiziell abgesegnet worden ist, das vom Großteil der japanischen Elite aber mit einer Selbstverständlichkeit ohnegleichen vertreten wird.¹² Das „flying geese pattern of development“ wird folgendermaßen formuliert: „In diesem Entwicklungsprozeß profitieren die Gänse (Länder), die später starten, von dem Vorsprung, den die anderen bereits an Kapital und Technologie gewonnen haben und der sie demzufolge in Stand setzt, ganze historische Phasen zu überfliegen und in Höchstgeschwindigkeit zu wachsen, so daß sie nach und nach zu den anderen aufschließen und nunmehr horizontale Beziehungen entwickeln können.“¹³ Mehrere Faktoren begünstigten diesen Formationsflug, nämlich die Übernahme des „Exportorientierten Modells der Industrialisierung“ von der Leitgans Japan, zweitens der zunehmend intraregionale Dimensionen annehmende Handel, drittens das flexible Ausweichen asiatischer Betriebe auf kostengünstigere regionale Produktionsmärkte und viertens die großzügige Hilfe, die vor allem Japan den asiatischen NICs und Entwicklungsländern leistet.¹⁴

Unterstützt werde diese asiatisch-pazifische Kooperation noch durch eine Reihe neu gegründeter Institutionen, z.B. durch den PBEC (Pacific Basin Economic Council) und durch die PECC (Pacific Economic Cooperation Conference).

Zwei Hindernisse sind es, die sich dieser Formationsvision entgegengestellt haben, nämlich erstens der unsanfte wirtschaftliche Rückschlag in den 90er Jahren und zweitens die panasiatische Abneigung gegen erneute Führungsambitionen einer Macht, die in den 30er und 40er Jahren versucht hat, mit militärischer Gewalt zum „Licht Asiens“ zu werden. Vor allem in Korea haben sich viele Intellektuelle gefragt, ob das Bild von der Führungsgans Japan nicht besser durch das Gleichnis vom Kormoran ersetzt werden müsse. Kormorane werden in Asien bekanntlich zur Jagd nach Fischen gehalten. Haben sie einen Fisch im Schnabel, können sie ihn nicht hinunterschlucken, da ihr Hals eingeschnürt ist. Über die Beute kann sich nur der Fischer freuen - dieser Fischer aber ist kein anderer als - Japan!

- Das ambivalente Ordnungsbild der Südostasiaten.

Während die großen asiatischen Staaten letztlich von hierarchischen Ordnungsvorstellungen ausgehen, sind die meisten Staaten Südostasiens hin und hergerissen zwischen ihrer hierarchieaffirmativen asiatischen Identität und ihrem hierarchiekritischen Kolonialtrauma.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Zerrissenheit kurz hintereinander zwei Ordnungsmuster verkündet wurden, die dieser Ambivalenz besonders konturscharfen Ausdruck verliehen, nämlich 1989 die APEC-Vision, die ein Bündnis auch mit außerasiatischen Nationen, u.a. mit der Supermacht USA, umfaßt, sowie - gleichsam als Kontrastprogramm - im Dezember 1990 der Plan einer EAEC, der, wenn es dem Willen seines Präzeptors Mahathir nachgeht, nur asiatische Nationen als Mitglieder vorsieht, die sich

¹²Repräsentativ vorgetragen beispielsweise von Saburo Okita, „Perspectives for the Asia Pacific Region in the 21st Century“, in: *Asien* Nr.42, Januar 1992, S.5-10.

¹³Ebd., S.5.

¹⁴Ebd., S.5-7.

¹¹Vergl. hierzu die Abbildung in C.a., 1997/5, S.441.

überdies noch als Gleichgestellte zu benehmen hätten, denen also jegliche Hierarchievorstellung fremd bleiben müßte.

Das Tauziehen zwischen der APEC- und der EAEC-Konzeption führte bezeichnenderweise zu einem Konflikt, der sich quer durch die Reihen der ASEAN-Staaten zieht. Umstritten ist beispielsweise die Frage, ob der „Caucus“ (also der „Interessenclub“) ein Organ *innerhalb* oder aber *außerhalb* der APEC sei. Die erstere Option wurde von Indonesien, die letztere von Malaysia verfochten. Vor allem die Regierung in Kuala Lumpur brachte bei den Diskussionen immer wieder den Wunsch zum Ausdruck, daß die asiatischen Staaten gegenüber dem Westen eine eigenständigere Haltung einnehmen und sich nicht dauernd in ihre inneren Angelegenheiten hineinreden lassen sollten.¹⁵

Im Gegensatz zu China und Japan, die ihrer ganzen Disposition nach Führungsansprüche übernehmen wollen, geht es hier, bei den südostasiatischen Vorstellungen, also eher um die Abwehr von Dominanzmaßnahmen. Während allerdings Malaysia die Hauptgefahr aus dem Westen - nämlich vonseiten der USA - kommen sieht, hegt Indonesien solche Ängste mehr gegenüber der VR China - und will gerade deshalb nicht auf eine Kooperation mit den USA verzichten.

Zusätzlich geht es bei dem Konflikt hinsichtlich der APEC/EAEC-Alternative um die Frage, wie sich „Asien“ aus der Sicht einzelner asiatischer Regierungen letztlich definiert. Drei Versionen sind hier denkbar, die sich in folgende Formeln kleiden lassen:

- APR = Summe der asiatischen, lateinamerikanischen und nordamerikanischen Staatenwelt.
- APR = Gemeinschaft der Länder im zirkumpazifischen Bereich (sog. „Pacific-Rim-Countries“ einschließlich der Meeranliegerstaaten von Süd- und Nordamerika).
- APR = Region Westpazifik (mit den Meeranliegerstaaten Ost- und Südasiens).

Bei der Wahl zwischen diesen Optionen steht auch letztlich die Frage zur Debatte, ob sich die asiatischen Staaten eher auf sich selbst - und damit auf die am Ende des 20. Jh. am schnellsten wachsende Region - konzentrieren oder ob sie über den asiatischen Tellerrand hinausplanen sollen.

Auf längere Sicht dürfte hier nur die zweite Alternative in Frage kommen, sei es nun, weil die Globalisierung bereits heute in aller Deutlichkeit ihren Tribut fordert, sei es, weil die in Südostasien wirtschaftlich tonangebenden Überseechinesen ohnehin den gesamten zirkumpazifischen Bereich als ihr Jagdgebiet betrachten oder sei es, weil, wie gerade angedeutet, die Gefährdungs-Perzeptionen in Asien alles andere als einheitlich sind und deshalb zu einer Erweiterung der Abwehrdimensionen tendieren.

5.2

Berechenbarkeit: Die Perspektive von oben nach unten

Im ersten Teil des vorliegenden Kapitels über Stilfragen

wurde das Thema der Informalität durchgespielt, wobei die Betrachtungen aus der Perspektive der Basis - und damit von der Fragestellung her erfolgten, in welcher Weise die politischen sowie die wirtschaftlichen Eliten ihre Führungswünsche zum Ausdruck bringen sollten, wenn sie bei der Bevölkerung „ankommen“ wollen.

Die Untersuchung kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Führungsverhalten möglichst informell und indirekt in Erscheinung treten sollte, wenn es Beifall finden will.

Im zweiten Teil gilt es nun, die umgekehrte Perspektive zu wählen und die Optik von oben nach unten zu richten. Wie sollte sich die Bevölkerung verhalten, will sie sichergehen, daß wechselseitiges „Vertrauen“ herrscht? Als Konfuzius einmal nach den Voraussetzungen guten Regierens gefragt wurde, nannte er drei Elemente, nämlich Soldaten, Getreide und Vertrauen. Im Notfall könne man zwar auf Soldaten - und im Extremfall sogar vorübergehend auf Getreide, niemals jedoch auf Vertrauen verzichten.

Im asiatischen Kontext sind es vor allem drei Indikatoren, die Vertrauen und Loyalität bezeugen helfen, nämlich Einordnungsbereitschaft, „Respekt“ und friedliche Konsultation:

5.2.1

Berechenbarkeit durch Einordnungsbereitschaft

5.2.1.1

Einordnung - abhängig vom Menschenbild

Die konkrete Form der „Einordnung“ hängt davon ab, in welchem Wertespektrum sie stattfindet. Um die verschiedenen Modalitäten, die hier denkbar sind, möglichst scharfrändig herauszuarbeiten, sollen mögliche Spielarten der „Einordnung“ vor dem Hintergrund dreier ursprünglich weit auseinander liegender Wertesysteme aufgezeigt werden, nämlich dem westlichen, dem hinduistischen und dem konfuzianischen Spektrum, wobei eine idealtypische Optik gewählt sei. Kein Zweifel, daß die „Idealbilder“ am Ende des 20. Jh. noch genauso nachwirken wie die „Realbilder“ gleichzeitig von ihnen abweichen.

In der *westlichen* Gesellschaft, wie sie sich seit den Zeiten der Renaissance und der Aufklärung herausgebildet hat, gilt der einzelne als autonomes Individuum, das vor dem Gesetz gleich ist, das sich ferner seinen Platz in der Gesellschaft erkämpfen muß (Streitkultur, Inkaufnahme offener Konflikte) und das durch diesen ständigen Wettbewerb permanent Veränderungen und Verschiebungen bewirkt, die bisweilen Rückschläge, vor allem aber „Fortschritte“ - und Zukunft! - mit sich bringen.

Dieses Menschenbild läßt sich mit sechs Stichworten charakterisieren: Autonom (im Sinne von Individualismus) - gleich (vor dem Gesetz) - Wettbewerb - offener Konflikt - Veränderung - Zukunft.

Was nun demgegenüber die klassische hinduistische Überlieferung anbelangt, so wird der einzelne kraft karmischer Gesetzmäßigkeit in eine ein für allemal festgelegte Kasten- oder Jati-Position hineingeboren. Veränderungen sind hier nur ganz ausnahmsweise möglich - und stoßen als solche a priori auf die geschlossene Abneigung einer Gesellschaft, die sich in religiösen Fragen doch sonst durch grenzenlose Toleranz auszeichnet.

¹⁵Dazu SOAa, 1993/9, S.343 f.

Von den oben erwähnten Charakterisierungen des westlichen Menschenbilds trifft auf die hinduistische Gesellschaftsordnung nicht eine einzige zu:

Da gibt es zunächst schon einmal kein Individuum; vielmehr gilt die Einzelseele (Atman) als Teil der Weltseele (Brahman). Mit der „Heimkehr“ des Atman in das Brahman sind drei Konsequenzen verbunden, nämlich das Ende des Karma, das Ende des mit der Seelenwanderung verbundenen Leids und vor allem das Ende des Atman. Individualismus ist Täuschung - vergleichbar etwa der Meinung, daß ein für Sekundenbruchteile aus dem Ozean hochgeschleuderter Tropfen oder ein in der Glut knisternd aufspringender Funke ein „Einzelwesen“ sei!

Ferner fehlt es an Vorstellungen von Gleichheit, und zwar deshalb, weil jedes menschliche Wesen in eine bestimmte Kastenposition hineingeboren wird und weil auch die Nuancen der (religiös verstandenen) Rein- oder Unreinheit in jedem einzelnen verschieden ausgeprägt sind. Angesichts der für die hinduistische Denkweise charakteristischen engen Verknüpfung zwischen religiösem und sozialem Status kann also von einer Gleichheit der Menschen nirgends die Rede sein.

Drittens hat auch der Wettbewerb keinen rechten Platz in der hinduistischen Ethik, weil es ja oberstes Gebot jedes Hindu ist, *seinen* Platz in der Gesellschaft demütig zu akzeptieren; immerhin gilt dieser konkrete Platz ja auch als Resultat von positivem oder negativem Karma, das in den vorangegangenen Existenzen angesammelt worden ist. Konflikte können nach hinduistischer Lehre nur dort auftauchen, wo Grundpflichten, nämlich die bereitwillige Hinnahme der eigenen Sendung, nicht erfüllt werden - und dadurch die karmische Bilanz noch weiter verschlechtert wird. Veränderungen schließlich sind, wie oben erwähnt, a priori unerwünscht; aus dem gleichen Grund kann es auch keinen Fortschritt geben, von der Idee der Zukunft ganz zu schweigen: Die Zeit fliegt ja nicht pfeilartig, sondern verläuft kreisförmig.

Und wie ist es um die Stellung des Menschen in der *konfuzianischen* Gesellschaftslehre bestellt?

Auch hier gibt es weder Individualismus noch Gleichheit vor dem Gesetz: Wichtiger nämlich als das juristische ist das natürliche Recht, nämlich die Sitte, derzufolge der einzelne nicht als abstrakte Person, sondern als konkreter Rollenträger in Erscheinung tritt, sei es nun als Vater, Jüngerer Bruder, Dritter Onkel oder als Zweiter Vorsitzender eines lokalen Vereins; als solcher will er konsequenterweise auch angesprochen und hierarchiegemäß behandelt werden; ganz gewiß aber nicht als Gleicher unter Gleichen!

Während es im westlichen Denken eine Gleichwertigkeit von horizontalen und vertikalen Dimensionen gibt (ich bin Mitbewerber am Marktgeschehen, gehöre gleichzeitig aber auch einer Unternehmens- oder Verbandshierarchie an), wurde in der klassischen konfuzianischen Gesellschaft nur das Über-/Untereinander, nicht aber das Nebeneinander anerkannt, weshalb das (wirtschaftliche) Denken in Markt- und das (politische) Denken in Demokratie-kategorien unbekannt war. Zwar gab es - gleichsam „eingezäunt“ von vertikalen Barrieren - sowohl Teilmärkte als auch zellular umgrenzte Demokratiebereiche, nicht jedoch Universal-Märkte oder überzellulare demokratische Gemeinschaften. Man kannte also Märkte und Demo-

kratien im Danwei-, nicht aber im Transdanwei-Rahmen: Danwei ist der Begriff für sozial geschlossene „Einheiten“, seien es nun Dörfer, Fabrikbelegschaften oder städtische Nachbarschaften.

Auch *Konflikte* durften nicht offen ausgetragen werden. Einordnung in die Gesellschaft, Disziplin und Hinnahmefähigkeit gehörten vielmehr zu den sozialen Haupttugenden. Das Ganze (im Sinne wechselseitiger „Beziehungen“) war wichtiger als der einzelne, das soziale Gesicht bedeutungsvoller als die individuelle Persönlichkeit, Pflichten wogen schwerer als Rechte und konsequenterweise hatte daher auch die „Harmonie“ Vorfahrt vor dem offenen Konflikt. Hauptaufgabe des einzelnen war es, sich in gesellschaftlicher Einordnung zu perfektionieren und *dadurch* Vorbildqualitäten zu erreichen.

Nur in *diesem* Sinne auch war *Wettbewerb* möglich - und erwünscht - Wettbewerb also in der Kunst der „Selbsterziehung“ (*xiuji*). Auf dem Weg über die „Selbsterfektionierung“, die im Zeichen des Mandarinats immer mehr zu einer Perfektionierung im Lernen wurde, konnte der einzelne auch seine gesellschaftliche Position von Grund auf verändern. Insoweit unterschied sich die konfuzianische Lehre also grundlegend von der hinduistischen; beide glichen sich jedoch am Ende wieder darin, daß sie Veränderungen (im Sinne von gesellschaftlichen Innovationen) ablehnten und vor allem vor der Möglichkeit von „Zukunft“ die Augen verschlossen.

Die „Bereitschaft zur Einordnung“ fällt also je nach dem gesellschaftsphilosophischen Hintergrund verschieden aus. Zwischen dem westlichen und dem hinduistischen Menschenbild bestehen die wohl diametralsten Gegensätze, während die konfuzianische Lehre hier eher eine Mittelposition einnimmt und deshalb gegenüber Änderungen auch mehr Toleranz zeigt als es beim Hinduismus der Fall ist. In der Tat hat vor allem das im konfuzianischen Lern- und Leistungsimperativ angelegte Erbe eine verhältnismäßig rasche Anpassung an die moderne Lebensart, nicht zuletzt aber auch an marktwirtschaftliche Verhaltensformen ermöglicht, selbst wenn es auf theoretischer Ebene noch zahlreiche weltanschaulich begründete Vorbehalte geben mag. Gesellschaftliche Zellen und (Teil-) Märkte lassen sich ja ausweiten, und zwar mit Hilfe des der konfuzianischen Gesellschaftsordnung wesenseigenen Mechanismus der „Steuerung von Selbststeuerung“, der sich in den meisten ostasiatischen Gesellschaften, angefangen von Singapur über Südkorea und Taiwan bis hin zum reformerischen China seit Jahrzehnten bewährt hat, und gegen den lediglich im Zeitalter des Maoismus grundlegend verstoßen worden ist.

Bei der „Steuerung von Selbstregulierung“ haben sich, wie bereits erwähnt,¹⁶ Staat und Rechtsordnung darauf zu beschränken, Verhandlungssysteme *vorzustrukturieren*, sie also rahmenhaft zu regeln, statt *direkt* normierend ins Geschehen einzugreifen.

In Deutschland geschieht dies z.B. dadurch, daß der Staat den Tarifpartnern nur Rahmenbedingungen setzt, daß er sich aus den Absprachen zwischen den Beteiligten aber strikt heraushält.

Was nun metakonfuzianische Systeme anbelangt, so gehört die Vorstrukturierung von sozialen Prozessen, wie

¹⁶C.a., 1997/9, S.884.

sie sich innerhalb eines Betriebs, einer Nachbarschaft oder eines anderen Sozialsystems, d.h. also autonom, abspielen, zum Erbe einer jahrhundertealten Tradition. Besonders nachvollziehbar lebt diese Tradition übrigens überall dort weiter, wo sich Chinesen in größerer Zahl auf ausländischem Territorium niedergelassen haben - man denke an die über alle Welt verteilten „Chinatowns“, in denen sich das Leben wie hinter hohen Mauern abzuspielden scheint, in denen also z.B. die Honoratioren der Gemeinde für Ordnung nach innen sowie für ein respektables Erscheinungsbild nach außen sorgen und wo man es ihnen als Unvermögen anrechnen würde, kämen sie nicht ohne Polizei und ohne staatliche Mithilfe des Gastlandes aus. Kein Wunder, daß sich gerade hier - am Kreuzungspunkt zwischen (konfuzianischen) Selbststeuerungsmechanismen und (ausländischer) Gesetzesordnung immer wieder Zusammenstöße zwischen Chinatowns und Lokalbehörde ereignen, weil letztere darauf zu pochen pflegen, daß Recht überall gleichmäßig zu gelten habe, während die meisten Chinatown-Bewohner ganz im Gegensatz zu dieser typisch westlichen Rechtseinstellung eher der altchinesischen Auffassung zuneigen, daß überall dort rechtsfreie Räume bestehen, wo sich soziale Beziehungen mit rein gesellschaftlichen Mitteln besser gestalten lassen, und daß überhaupt das Persönliche Vorfahrt vor dem Sachlichen, d.h. hier also vor Recht und Institutionen, beanspruche.

Was die VR China angeht, so ist auch hier - und zwar in Begleitung der Reformen (1978 ff.) - die altvertraute Gewohnheit zurückgekehrt, in den Binnenbereich von Gemeinden und Betrieben möglichst wenig direkt einzugreifen, dafür aber die Tangenten um so kräftiger zu markieren - und zwar nicht zuletzt auch mit gesetzlichen Mitteln.

5.2.1.2

Institutionalisierung und Personalisierung

Recht und Gesetz sind nach alledem höchst geeignete Werkzeuge, soweit es gilt, Rahmenbedingungen festzulegen und auf diese Weise Freiräume zu schaffen, innerhalb deren sich sowohl Markt- als auch Demokratisierungsprozesse entfalten können.¹⁷

Sobald der Gesamtstaat hier jedoch seine Aufgaben erledigt hat, liegt es an Personen und Personalverbänden, die hier geschaffenen Nischen und Freiräume eigenverantwortlich auszugestalten, wobei fast ausschließlich personalistische Lösungen zum Zuge kommen. Was mit „personalistisch“ gemeint ist, wird deutlich, wenn man die Wirksamkeit von Verträgen im chinesischen Kontext unter die Lupe nimmt. Zwar kommen Verträge im reformerischen China de iure auf synallagmatischem Wege zustande, d.h. durch die Annahme eines Angebots. Weitaus stärker noch als im Westen steht dieser „Vertrag“ unter den Prinzipien von „Treu und Glauben“ (*zhengshi xinyong*) (§4 AGZR), dessen zweites Begriffselement *xinyong* („Vertrauen“) eine mit traditionellen Grundwerten aufgeladene Bedeutung besitzt, weil es auf jenes Grundvertrauen setzt, das sich genaugenommen nur auf dem Fundament von *guanxi*, d.h. von guten zwischenpersönlichen Beziehungen einstellen kann. Insofern kommt hier, gleich-

sam durch die Hintertür, doch wieder ein Stück realvertraglicher Tradition mit in moderne Kontrakte hinein. Zwar war auch nach altüberkommenem chinesischem Rechtsverständnis ein Vertrag nicht erst mit der Hingabe einer Vertrags Sache zustande gekommen, doch mußten Vertragsabschlüsse fast unweigerlich von langen Besprechungen, von Zeremonien (beispielsweise einem feierlichen Abendessen) oder von sonstigen „vertrauensvollen“ Bekundungen eingerahmt sein. Der Vertrag kam also weniger deshalb zustande, weil ein Angebot angenommen worden wäre, als vielmehr dadurch, daß sich zwei miteinander vertraute *Personen* per Handschlag geeinigt haben. Die Person stand also im Vordergrund und nicht so sehr die sachliche Einigung, auch wenn das eine ohne das andere für einen Vertrag nicht ausgereicht hätte!

Traditionen dieser Art sind auch heute noch lebendig, weshalb der „*clausula rebus sic stantibus*“ kein geringerer Stellenwert zukommt als dem „*pacta sunt servanda*“. Weniger „Vertragstreue“ als vielmehr „*Guanxi-Treue*“ steht auch heute noch im Vordergrund. Jahrhundertlang waren es vor allem das Dorf und der Marktort gewesen, an dem Verträge geschlossen wurden. War ein Bauer 50 Jahre alt geworden, so hatte er „seinen“ Markt mindestens an die 3.000 Mal besucht und hatte dort auch immer wieder seine Bekannten und Geschäftspartner getroffen, hatte bei „seinem“ Geldverleiher Kredite aufgenommen, „seine“ Teestube besucht, bei „seinem“ Garkoch gegessen und den Festen in „seinem“ Tempel beigewohnt. Hier galt der Grundsatz „ein Mann, ein Wort“. Sollte es doch einmal zu Unstimmigkeiten gekommen sein, war die Schlichtung durch Verwandte, Freunde und Marktgerichte schnell zur Hand. Ein Michael Kohlhaas, der hier auf Recht und Gesetz, also auf sachliche Lösungen, gepocht hätte, wäre in dieser feinmaschigen Welt schnell ins soziale Abseits geraten. Auch formelle Rechtsstreitigkeiten waren hier kein Thema.

Die Ordnung entstand in dieser Welt also nicht aus dem Gesetz heraus, sondern aus zwischenpersönlichen Verbindlichkeiten und moralisch vorgegebenen Spielregeln, die durch das Gesetz lediglich - gleichsam „nachträglich“ - bestätigt wurden. Recht und Gesetz wurden hier also nach dem Grundsatz erlassen, daß „doppelt genäht besser hält“. So kommt es auch, daß das Recht oft nicht als autonom, sondern lediglich als Abspiegelung der Moral - und damit als heteronom empfunden wird. Daraus ergeben sich verschiedene Verständnis- und Argumentationsweisen: Ein deutscher Jurist argumentiert etwa folgendermaßen: Nach §985 BGB muß der Besitzer dem Eigentümer die Sache zurückgeben, wenn er nicht ein besonderes Recht zum Besitz geltend machen kann. A hat kein solches Sonderrecht und muß das umstrittene Buch daher an den Eigentümer B zurückgeben.

Aus „heteronomistischer“ Sicht würde dagegen folgendermaßen geurteilt: „A muß dem B das Buch zurückgeben, weil jede andere Verhaltensweise unanständig wäre. Ein Beweis dafür ist auch §985 BGB!“ Bei dieser letzteren Argumentationsweise wird die juristisch-institutionelle Norm eindeutig der zwischenpersönlich-moralischen Spielregel nachgeordnet.

¹⁷Zu diesem Gedankengang vgl. auch C.a., 1996/4, S.377 ff.

Ordnung gibt es also hier wie dort, nur beruht sie auf verschiedenen Fundamenten:¹⁸ Zwar werden die großen Rahmen durch Recht und Gesetz vorgegeben (Stichwort: „Steuerung von Selbstregulierung“), doch innerhalb dieser Rahmen hat das Recht zurückzutreten und personalistischen Lösungen Platz zu machen - eine Tendenz, die wiederum zur Autonomisierung der Subsysteme und zur Aufspaltung der Gesellschaft in immer kleinere Bereiche führt.

In solchen Nischen, in denen das zwischenpersonelle Element zu solcher Bedeutung gelangt, und wo überdies „Harmonie“ Pflicht ist, können die Beteiligten nicht mehr mit dem Kopf durch die Wand gehen und sich nach dem altrömischen Grundsatz des „*fiat iustitia pereat mundus*“ verhalten.

Kein Wunder, daß „Rechts-Streitigkeiten“ angesichts des universellen Harmonieimperativs in aller Regel außerjuristisch gelöst werden, sei es nun durch „freundschaftliche Verhandlungen“ („Konsultationen“) oder aber äußerstenfalls durch Arbitrage. §37 des chinesischen Außenwirtschaftsvertragsgesetzes gibt denn auch eine typische Dreier-Prioritätenfolge vor, die „Konsultationen“ an die erste Stelle, Arbitrage, d.h. die Einschaltung von Schiedsorganen an die zweite und „Volksgerichte“ erst an die allerletzte Stelle setzt.

„Klaglose Einordnung ins gesellschaftliche Gefüge“ heißt also sowohl die hinduistische als auch die konfuzianische Devise. Die Berufung auf individuelle Rechte, auf Gleichheit vor dem Gesetz oder auf das Pluralismusprinzip stieße hier überall sogleich auf Mißtrauen, wenn nicht auf eine Mauer der Ablehnung.

Besser, man „arrangiert sich“!

5.2.1.3

Einordnung im Betrieb

Den Möglichkeiten personalistischer Lösungsansätze sind im Selbstregulierungsrahmen kaum Grenzen gesetzt. Dies wird vor allem bei einem Blick auf chinesische oder aber auf vietnamesische Betriebe deutlich, wo sich überaus typische Muster herausentwickelt haben:

- Merkmal Nr.1: KMU- und familienfreundlich statt groß und funktional.

Ganz im Gegensatz zu den Vorstellungen der maotistischen Zeit, daß ein Betrieb groß und differenziert zu sein habe („je größer, desto sozialistischer!“), hat sich im Zeitalter der Reformen das Interesse wieder dem privat bewirtschafteten KMU (Klein- und Mittelunternehmen) auf Familienbasis zugewandt, bei dem das Prinzip *tong zu, tong xiang, tong xue* („gemeinsamer Clan, gemeinsamer Herkunftsort, gemeinsame Schule“) vorherrscht und in dem Betriebsvorstände als *fumu*, d.h. als Väter und Mütter, die Belegschaftsmitglieder aber als *zi*, d.h. als Kinder gelten.

- Merkmal Nr.2: Abgleichen statt befehlen

Während in westlichen Betrieben zwischen top-down- und bottom-up-Entscheidungsprozessen unterschieden wird, vollzieht sich die Konsensbildung in einem chinesischen KMU eher nach dem W-Muster (Anweisungen zweimal runter, zweimal rauf) oder auch nach dem

M-Muster (zweimal rauf, zweimal runter), wobei darauf zu achten ist, daß dieses Geschehen von ständigem *kai-hui* (Gespräche führen) und *xie* (ausgleichen, moderieren) begleitet wird. Konfuzianischer Herkunft sind (1) das „Führen heißt vorleben“, (2) die Bevorzugung informeller Ordnungsmuster, (3) das Konsensprinzip und (4) die Indirektheit. Ein guter Vorgesetzter ist stets auch ein guter Zuhörer; er führt, indem er fragt, er arbeitet viel mit nichtverbalen Signalen und tadelt, indem er negative Modelle ins Gespräch bringt - stets in dem Bewußtsein, daß der andere dieses Hinweisverhalten schon versteht!

Auch bei der Personalanleitung gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen West und Ost, oder z.B. zwischen deutschem und dem chinesischen Führungsstil: Während ein deutscher Mitarbeiter Fachkompetenz erwartet, wird in China, Vietnam oder Japan eher soziale Kompetenz vorausgesetzt. Weitere Unterschiede in Stichworten: Hier Fehlerfreundlichkeit, dort Vorbildfunktion, hier kollegialer Umgang, dort „Respekt“, hier Delegieren, dort ständige Präsenz, hier offene Kritik, dort Rücksichtnahme aufs „Gesicht“, hier Nichteinmischung in die Privatsphäre, dort Beteiligung eines Betriebsleiters auch an Familienangelegenheiten und an persönlichen Sorgen seines Angestellten.

- Merkmal Nr.3: Vertikalstrukturen statt Horizontalverbindungen

Wo die Vertikalisierungstendenz vorherrscht und wo Paternalismus sowie Betriebsfamiliarität großgeschrieben sind, entwickelt sich ein soziales Milieu, das vom Senioritäts-, Harmonie- und Fraktionsprinzip bestimmt wird:

Das Senioritätsprinzip ist dadurch gekennzeichnet, daß langjährige Zugehörigkeit zu einem Betrieb mehr zählt als fachliche Leistung, weshalb in aller Regel der „Ältere“ (im Sinne längerer Betriebszugehörigkeit), und nicht unbedingt der Tüchtigere, zuerst befördert wird.

Mit „Harmonie“ ist ein Gruppenverhalten gemeint, das, koste es, was es wolle, auf Vermeidung offener Konflikte und, Hand in Hand damit, auf präzise Hierarchisierung ausgerichtet ist. Ein Mitglied der Betriebsfamilie soll im Regelfall nicht nur seine Arbeitskraft, sondern seine ganze Person mit einbringen. Dies hat positive Auswirkungen, insofern die Firma als eine Art Lebensversicherung, als Freizeitgestalterin und im Bedarfsfall sogar als Ehevermittlerin und -schlichterin auftritt, aber auch negative Konsequenzen, insofern nämlich die Außenwelt, vor allem der Wettbewerber, als eine Art Feind ins Visier gerät, den man nicht unbedingt mit fairen Mitteln bekämpft. Je ausgeprägter die Harmonie nach innen, um so härter der Wettbewerb nach außen. Man ist (als Betrieb) im Wettbewerb entweder die Nr.1, oder man rangiert unter „ferner liefern“.

Was schließlich das Fraktionsprinzip angeht, so ist es die Folgeerscheinung des organisatorischen Drangs zur Herausbildung von Gruppen, in denen der einzelne sich geborgen fühlt. Wer sich hier nicht anschließt oder wer sich nach dem Ausscheiden eines Gruppenführers nicht mehr zugehörig fühlt, gerät entweder ins innerbetriebliche Abseits oder aber gründet eine eigene Gruppe, die von den Konkurrenten meist schnell als *pai* („Fraktion“) abqualifiziert zu werden pflegt.

- Merkmal Nr.4: Korporativität statt Einzelkämpfertum

¹⁸Zum Verhältnis zwischen Naturrecht und positivem Recht vergl. auch C.a., 1997/9, S.892 ff.

Ähnlich wie in den anderen metakonfuzianischen Gesellschaften Japans, Koreas, Singapurs oder Taiwans besteht auch in der VR China eine Tendenz, die Wirtschaft nicht kompetitiv, sondern korporativ zu entwickeln, d.h. die drei wirtschaftlichen Hauptkomponenten - Kapital, Arbeit und Staat - nicht gegeneinander, sondern miteinander agieren zu lassen. Einzelheiten zu diesem Thema sind in der vorliegenden Serie¹⁹ bereits behandelt worden.

5.2.1.4

Die Schattenseite des Personalismus: Unterschleif und Korruption

Das Denken und Handeln in *Beziehungs*-Kategorien hat ganz gewiß viele Vorteile, weil es für Vertrauen zwischen den Beteiligten und für Flexibilität sorgt; zur gleichen Zeit fördert es jedoch auch Ausgrenzung und Unterschleif, so daß oft ganze Volkswirtschaften „wie geschmiert“ laufen. Besonders katastrophal wirkt das Korruptionsübel, wenn nicht nur subalterne Beamte, sondern auch Vertreter der Führungsspitze in illegale Machenschaften mitverwickelt sind: Beispiel dafür war die 1995 gerichtlich offenbarte Käuflichkeit zweier ehemaliger südkoreanischer Staatspräsidenten. Auch der Hanbo-Skandal, d.h. die Pleite des größten südkoreanischen Stahlkonzerns, der am 23. Januar 1997 unter einer Schuldenlast von rund 8 Mrd. US\$ zusammenbrach, führte zur Aufdeckung eines über viele Jahre hin ausgesponnenen Filzes zwischen Großkonzernen (chaebols) und Regierung. Mehrere Dekaden lang hatten Politiker und Bankiers dem Stahl- und Baukonzern Aufträge, Subventionen und billige Kredite in Milliardenhöhe zugeschanzt. Nicht weniger als acht Minister mußten nach dem Hanbo-Skandal ihren Hut nehmen. Sogar zwei enge Mitarbeiter sowie der Sohn des Präsidenten Kim Young Sam, der seinen Aufstieg ja immerhin dem Kampf gegen die Korruption zu verdanken hatte, waren in die dunklen Machenschaften verwickelt.

In Indien mußten im Februar 1996 zahlreiche Minister unter dem Vorwurf von Vetternwirtschaft und Bestechung zurücktreten; die Korruptionsvorwürfe erreichten am Ende sogar Premierminister Narasimha Rao und zwangen ihn am Ende zum Rücktritt.

In Indonesien hat der Suharto-Clan nach CIA-Schätzung bis 1997 nicht weniger als rund 30 Mrd. US\$ an Privatvermögen zusammengerafft. Hauptbeteiligte waren dabei die sechs Kinder des Staatspräsidenten und seine (mittlerweile verstorbene) Ehefrau, die den Namen „Madame Zehnprozent“ trug. Kein staatlich ausgeschriebenes Großprojekt, das am Ende nicht von irgendeinem der Familienmitglieder des Präsidenten an Land gezogen worden wäre!

Auch in Japan waren Politiker, Bürokraten und Industriebosse jahrzehntlang über ein „eisernes Dreieck“ miteinander verklammert. Die Öffentlichkeit hatte hilflos zusehen müssen, wie beispielsweise rund ein Sechstel aller Vorstandssessel in den hundert größten Baufirmen des Landes von sogenannten *Amakudari* (wörtl. „vom Himmel Herabgestiegenen“) besetzt wurden, d.h. von ehemaligen Bürokraten aus dem Bauministerium oder aber aus der Bauaufsicht. Erst allmählich dämmerte es vielen Beobachtern, daß Dutzende von Mammutbauten mit Steu-

ergeldern nur deshalb hochgezogen worden waren, weil die Bürokratie damit die Lobbyisten der Baubranche und der Großindustrie hatte bei Laune halten wollen.

Enge Beziehungen zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft hat es aber auch in der Volksrepublik China immer wieder gegeben; bekannt wurde dies nicht zuletzt durch den Sturz des in Millionenschiebereien verwickelten, einst so mächtigen Beijinger Parteivorsitzenden Chen Xitong, dessen skandalöses Verhalten durch die im Januar 1995 angekurbelte Antikorruptionskampagne ans Licht der Öffentlichkeit gekommen war.

Die Häufung all dieser Fälle, die trotz vielfältiger Medienzensur ins allgemeine Bewußtsein drangen, ließ deutlich werden, daß es sich hier nur um Spitzen eines gewaltigen Eisbergs handelt, der sich unter den Bürokratien fast aller Länder Asiens gebildet zu haben scheint und der offensichtlich zu jenen Gemeinsamkeiten gehört, die den Kontinent, allen sonstigen Unterschieden zum Trotz, am Ende doch wieder zu einem großen Ganzen verklammern.

Von zwei rühmlichen Ausnahmen, nämlich Singapur und Hongkong, abgesehen, schien Mitte der 90er Jahre in Asien nur noch wenig zu laufen, wenn man nicht, wie es auf chinesisch (*zou houmen*) heißt, „durch die Hintertür ging“.

Auf den unteren Ebenen waren bürokratische Hürden oft nur noch mit Geld zu überwinden und sogar an der Spitze beteiligten sich, vor allem bei der Vergabe staatlicher Aufträge, sowohl Minister und Polizeirepräsentanten als auch Angehörige des Offizierskorps an der großen Schattenwirtschaft, hieß es beispielsweise in der PERC-Studie zum Jahr 1995.²⁰

Korruption wirkt sich aus mehreren Gründen hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes aus, weil erstens nicht der geeignetste, sondern der persönlich vertrauteste (und vielfach auch am besten „zahlende“) Bewerber den Zuschlag erhält und weil eine von schlechtem Gewissen geplagte Bürokratie, zweitens, bei der Projektdurchführung übertriebene Vorsicht an den Tag zu legen pflegt. Verheerende Korruptionsschäden treten aber nicht nur bei der Auftragsvergabe und bei der Durchführung, sondern bisweilen auch noch lange nach Fertigstellung des Projekts zutage, wie etwa der Einsturz eines Seouler Kaufhauses im Jahre 1995 gezeigt hat, bei dessen Errichtung bestochene Bauprüfer immer wieder die Augen zugedrückt hatten. Bisweilen werden „faule“ Projekte aber auch gar nicht fertiggestellt, weil sie von vornherein auf finanziell unsolider Grundlage vereinbart worden sind.

Unter Korruption leidet aber nicht nur das Verhältnis zwischen Bürokratie und Bevölkerung, sondern auch die Beziehung zwischen der Bürokratie und den für die Modernisierung vieler Länder so unentbehrlichen ausländischen Investoren, für die „Undertable“-Raten von bis zu 7% der jeweiligen Vertragssumme vielerorts schon fast zur Routine geworden sind und deren Vorgehen gerade aus diesem Grunde wiederum leicht in Gefahr gerät, aufzufliegen und Gegenstand öffentlicher Proteste zu werden: man denke an das 1995 erfolgte „blacklisting“ mehrerer internationaler Konzerne (darunter auch Siemens) in Sin-

¹⁹C.a., 1997/6, S.547 ff.

²⁰Annual Report des PERC (Political and Economic Risk Consultancy), Hongkong 1995; Näheres dazu unten in diesem Kapitel.

gapur, denen vorgeworfen wurde, Aufträge mit Hilfe illegaler Machenschaften an Land gezogen zu haben.

Dem Korruptionsübel ist deshalb so schwer beizukommen, da in fast allen asiatischen Subkulturen die Grenzen zwischen Höflichkeit und „Bakschisch“ höchst unscharf zu verlaufen pflegen. Besonders deutlich wird dies bei „Geschenk“-Überreichungen an einen Politiker oder an einen Lehrer, der eine Konzession zu vergeben oder aber am nächsten Tag ein Schulzeugnis auszustellen hat. Da die Gaben überaus sorgfältig verpackt sind, da sie dem Beschenkten gegenüber als „höchst bescheiden“ hingestellt werden und da sie in aller Regel eine Gegenverpflichtung nach sich ziehen, entstehen höchst delikate Übergangsfälle. Verweigert der Adressat die Annahme, beleidigt er den Schenker; nimmt er jedoch an, so schnappt die Verpflichtungsfälle zu; freilich wird das Geschenk erst in dem Augenblick zu einer Bestechung, da der Politiker bei der nachfolgenden Genehmigung ein Auge zudrückt oder aber der Lehrer eine bessere als die verdiente Note erteilt.

Geschenke lösen in den meisten Kulturen Asiens, die ja vom Geist der Gegenseitigkeit geprägt sind, eine „innere Verbundenheit“ aus, die vom Beschenkten gefissentlich zur Schau zu stellen ist. Dieses Verbundenheitsgefühl wiegt im allgemeinen schwerer als die Gegenleistung. Genau besehen handelt es sich hier weniger um kommerziellen Austausch als vielmehr um soziale Integration, die ja durchaus im Interesse der Gesamtgesellschaft liegt.²¹

Kein Wunder, daß angesichts solcher delikater Überblendungen schon der Begriff „Korruption“ schlecht in die asiatische Landschaft paßt, da er ja im Grunde auf „wohlfunktionierende Beziehungen“ oder auf eine „Vetternwirtschaft“ hinweist, die in familienfreundlichen Wertesystemen nichts mit „Sumpf“ und Unrat zu tun haben - im Sinne etwa des chinesischen Begriffes *fubai*.

Geschenke und Gegengeschenke werden im Chinesischen bezeichnenderweise als *lipin* oder *liwu*, d.h. als „Ritual-Gabe“ bezeichnet und unterliegen auch heute noch strikten Hierarchie-, Status- und Ordnungsvorstellungen. Es gibt (sozial genau festgelegte) Gelegenheiten, bei denen der Wert der Gegengabe weitaus geringer sein kann als der des Geschenks; ein klassisches Beispiel dafür ist z.B. die Hochzeitsgabe, die vom Brautpaar nach Abschluß der Feierlichkeiten mit einer Gegengabe erwidert wird, die nur einen Teil des Werts der Brautgabe ausmacht. Im allgemeinen freilich unterliegen Gaben und Gegengaben einer präzisen Geschenkarithmetik, die u.a. zu einer Divergenz zwischen Recht und Moral führt, und zwar nicht nur im Alltagsleben, sondern auch in der hohen Politik: Den Buchstaben der in der früheren chinesischen Zentralwirtschaft verankerten Fünfjahrespläne konnte oft nur erfüllen, wer gegen ihren Geist verstieß. In einer Gesellschaft, in der immer wieder „Versammlungen abgehalten“, Patronagebeziehungen errichtet, Besuche zelebriert, Geschenke überreicht und überhaupt „Beziehungen aufgezogen“ (*la guanxi*) werden, können Geschenke und „Er-

kenntlichkeiten“ nicht a priori als platte Korruption gelten, sondern schlagen als soziale Investition und als unentbehrliches „Schmieröl“ zu Buche, ohne das „nichts läuft“: *bu jia you bu hualiu*.

Aus diesem Grunde auch ist dem Übel mit rechtlichen oder administrativen Methoden kaum beizukommen: Dies wird nicht zuletzt in der VR China deutlich, wo in den 45 Jahren zwischen 1949 und 1994 weit über einhundert Regelungen zur „Korruptionsbekämpfung“ (*fan fubai douzheng*) erlassen wurden,²² ohne daß auch nur eine einzige dieser Bestimmungen dauerhaften Erfolg hätte erzielen können. Eher trat das Gegenteil ein: Je mehr Strafen nämlich verhängt wurden und je mehr Hinrichtungswellen über das Land liefen, um so mehr Köpfe schienen der Hydra nachzuwachsen. Die Hauptformen der Korruption bestehen in Ämterschacher („Versteigerung“ von politischen sowie administrativen Positionen: „Was kostet der Posten eines Stellvertretenden Provinzgouverneurs?“) und Nepotismus (Bevorzugung der *taizi*, wörtl. der „Prinzen“, d.h. der Söhne und Töchter hoher Parteifunktionäre), in Veruntreuungen, in der Annahme von Bestechungsgeldern oder aber in anderen Gesetzesverstößen „unter Ausnutzung amtlicher Befugnisse“.

In einem ZK-Beschluß vom 25.10.93 wurden drei in der Praxis besonders häufig auftauchende Spielarten des Amtsmißbrauchs aufs Korn genommen, nämlich die Verquickung von Kommerz und Amt, die willkürliche Einziehung von Gebühren und die Unsitte, auf Kosten des Steuerzahlers Auslandsreisen zu unternehmen.²³ Neben diesen eher „normalen“ Amtsverstößen kommt es aber auch immer wieder zu schwerkriminellen Machenschaften: So schlossen sich beispielsweise 1992 in der Provinz Yunnan lokale Verbrecherbanden, Armeeoffiziere und Polizisten zu einem „Gemeinschaftsunternehmen“ zusammen, um den Vertrieb von Drogen und Waffen auf dem chinesischen Binnenmarkt sowie in Richtung Südostasien zu organisieren.

Immerhin haben Verbrechen dieses Ausmaßes den Vorteil, daß die sonst so subtilen Unterschiede zwischen „Gabe“ und „Bestechung“ nicht mehr ins Gewicht fallen, so daß die Gerichte dazu übergehen können, exemplarische Strafen zu verhängen.

Ansonsten aber bleibt es nach wie vor schwierig, die Übergänge auszuloten. Dieser heiklen Aufgabe haben sich mittlerweile drei Institutionen angenommen, die unabhängig voneinander operieren, nämlich die (bereits erwähnte) PERC, die TI („Transparence International“) und in verstärktem Maße auch die WTO.

- Seit 1993 bringt das Hongkonger Wirtschaftsberatungsunternehmen PERC (Political and Economic Risk Consultancy) eine jährliche Einschätzung der Korruption in zehn asiatischen Staaten heraus, die auf periodischen Befragungen von Unternehmern und Bankfachleuten beruht. Im ersten Jahr kam PERC zu dem Ergebnis, daß zu den asiatischen Ländern mit der höchsten Korruptionsrate vor allem Indonesien, China, die Philippinen und Thailand gehören - in dieser Reihenfolge.²⁴ 1994 zeigte die Liste bereits wieder kräftige Retuschen: Nunmehr

²¹ Ausführlich dazu Heberer, Thomas, *Korruption in China. Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems*, Opladen 1991; Gransow, Bettina, „Die Gabe und die Korruption. Form- und Funktionswandel des Tausches in China“, in: *Internationales Asienforum*, Vol. XXII (1991) 3-4, S.343-360; Weggel, Oskar, *Die Asiaten*, a.a.O., S.121 und 306 ff.

²² U.a. auch das „Korruptionsbekämpfungsgesetz“ von 1993, GB 1993, S.1064 ff.

²³ Dazu C.a., 1994/7, S.717-725.

²⁴ SCMP, 22.4.93.

standen nämlich drei Länder Kopf an Kopf ganz vorne, nämlich China, Indien und Indonesien mit einer Rate von 7,5 (bei einer Skala von 0 bis 10). Die nächsten „Ränge“ nahmen die Philippinen (7), Thailand (6), Malaysia (4,5), Taiwan (4,3), Südkorea (4,2), Hongkong (3) und Japan (2) ein.²⁵

- In Konkurrenz zur PERC entstand 1994 eine internationale NRO mit dem Namen „Transparence International“ (TI), die Filialen in mehreren Staaten unterhält und deren Ziel es ist, auf nationaler sowie auf internationaler Ebene Koalitionen zwischen Regierung, Privatunternehmertum und Zivilgesellschaft aufzubauen, deren Hauptanliegen es sein sollte, korruptionsfreie Räume und „Inseln der Integrität“ entstehen zu lassen, ja regelrechte „Antikorruptionsbündnisse“ aus dem Boden zu stampfen.²⁶

TI publiziert seit 1995 (in Zusammenarbeit übrigens mit der Universität Göttingen) einen jährlichen „Korruptionsindex“, der, wie auch die PERC-Skala, auf subjektiven Bewertungen einzelner Geschäftsleute gegenüber den jeweiligen Ländern besteht. Im Februar 1995 hielt TI in Manila ein Seminar ab und nahm überdies an der fast gleichzeitig in der VR China abgehaltenen internationalen Antikorruptionskonferenz teil.

- Nicht zuletzt aber hat sich die Welthandelsorganisation WTO im Interesse einer Verbesserung der globalen Wettbewerbsbedingungen verstärkt mit dem Korruptionsübel beschäftigt und versucht, die einzelnen Mitgliederstaaten für verschärfte Gegenmaßnahmen zu gewinnen.

Mehrere Methoden bieten sich im Kampf gegen das Korruptionsübel an:

Da wäre erstens einmal das wirksamste Mittel, nämlich die Doppelkontrolle der Bürokratie durch ein authentisches Parlament sowie durch eine „fünfte Gewalt“, d.h. durch eine mit scharfem Gebiß ausgestattete Presse. Freilich würde durch autonome Institutionen dieser Art der Einfluß autoritärer Parteien - vom Zuschnitt etwa der KPCh oder der PAP (People's Action Party in Singapur) - so substantiell geschwächt, daß Lösungen dieser Art nur in Ländern mit demokratischer Verfassung eine wirkliche Chance haben.

Eine zweite Methode wäre die vor allem in autoritär regierten Staaten übliche „Kampagne“, die für einen bestimmten Zeitraum mit konkreten Zielen gestartet und dann zumeist auch mit demonstrativ zur Schau gestellten „Fangergebnissen“ abgeschlossen wird. Kampagnen dieser Art sind freilich in aller Regel mit einem Doppelnachteil verbunden: Zum einen konzentrieren sie sich nicht immer auf die „Hinaussäuberung“ der Korruption, sondern allzuhäufig auf die Säuberung von politischen Gegnern; ein Hauptergebnis der chinesischen Antikorruptionskampagne von 1995 war beispielsweise die Absetzung zweier Beijinger Parteifunktionäre, die der KPCh-Spitze um Deng Xiaoping schon seit langem ein Dorn im Auge gewesen waren, nämlich des Beijinger Parteichefs Chen Xitong sowie des Stellvertretenden Beijinger Bürgermeisters Wang Baosen, welch letzterer im Zuge der Verfolgung Selbstmord beging. Ein zweiter Nachteil besteht dar-

in, daß die Bürokratie sogleich mit übertriebener Vorsicht reagiert, und aus Angst, sich auch nur den kleinsten Schnitzer zuschulden kommen zu lassen, nun fast überhaupt nichts mehr durchgehen läßt.

Als ein brauchbarer Weg, der zumindest für die ostasiatischen Zellulargesellschaften besonders geeignet erscheint, könnte sich längerfristig die von TI empfohlene Methode des „Bündnisses gegen die Korruption“ erweisen. In einer Gesellschaft, die der „Steuerung von Selbststeuerung“ grünes Licht zu geben pflegt,²⁷ würde, via „Bündnis“, nicht nur das schwach ausgebildete Gesetzdenken kompensiert, sondern überdies interpersonell an die moralische Integrität appelliert und der einzelne Beteiligte durch Handschlag und Ehrenwort ins Obligo genommen.

5.2.2

Respektvolles Verhalten, das nicht unbedingt altmodisch ist

5.2.2.1

Macht

Das Bedürfnis nach „Berechenbarkeit und Harmonie“ hat auch im Verhältnis zwischen „Herrscher und Volk“ zu asienspezifischen Ausprägungen geführt, wie sie sich von entsprechenden europäischen Vorstellungen grundlegend unterscheiden:

Während politische Macht nach europäischer Auffassung als ein Phänomen gilt, das von einem Individuum auf das andere wirkt, und das von Max Weber deshalb bekanntlich als Chance definiert wurde, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen, herrschte in der Tradition der meisten asiatischen Länder die Überzeugung, daß Macht eine überindividuelle Energie sei, die aufgrund *dao*-gemäßer, karmischer oder aber göttlicher Fügung dem einen oder anderen Menschen (oder auch Gegenstand) zuteil wird und die übrigens ständig im Flusse begriffen ist.

Wer sich ein animistisches Empfinden bewahrt hat, erlebt seine Umwelt als „elektrisch geladenes“ Feld, von dem Spannungen und respektgebietende Forderungen ausgehen, sei es nun von „heiligen“ Bergen, Bäumen und Naturscheinungen wie beispielsweise Gewittern und Sturmfluten oder aber von Menschen, die im Besitz charismatischer Energie sind, weil sie z.B. entweder in ihrem vorangegangenen Leben Karma in Fülle gesammelt oder weil sie sich durch ständige Lern- und Selbstdisziplinierungsprozesse zu Verkörperungen des *dao* und des *li*, d.h. des schlechthin „richtigen Wegs“ (in Form der überkommenen Sittenordnung) hochgeläutert haben und damit zum „Polarstern“ und zum „Edlen“ geworden sind oder weil sie, wie beispielsweise die traditionellen hinduistischen Herrscher, als Götterverkörperung gelten.

Anders als nach europäischer Auffassung ist „Macht“ in Asien also keine individuell-persönliche Eigenschaft, die ständig neu unter Beweis gestellt, d.h. immer wieder neu legitimiert werden müßte; vielmehr gilt sie als (1) eine von außen her „zugeflossene“ Energie, die (2) nicht *Folge* von einzelpersönlicher Ausstrahlung oder von wirtschaftlichem Durchsetzungsvermögen, sondern gerade umgekehrt

²⁵DW, 7.8.95.

²⁶Dazu E+Z, 1996, Nr.4, S.104 f.

²⁷Dazu C.a., 1997/9, S.884 f.

Voraussetzung solcher Wirkungsweisen ist und die (3) deshalb auch nicht legitimiert zu werden braucht. Macht legitimiert sich vielmehr von selbst: sie wird anerkannt, sobald sie gelingt.²⁸ Das einzige, was eine Person unternehmen kann, um Macht zu erwerben, besteht darin, sich als Gefäß der Machtfülle vorzubereiten, und zwar, wie es bei Konfuzius heißt, „in Demut“ (*xiu ji yi jing*).²⁹

Blüht ein Gemeinwesen, so ist Macht eo ipso legitim, brechen aber, umgekehrt, Polit- (oder auch Natur-) Katastrophen aus, so werden überall an der Wand Zeichen lesbar, die bedeuten, daß die Macht vom „Herrscher“ wegzufließen beginnt, daß er also, wie es z.B. in der chinesischen Ausdrucksweise heißt, sein „Mandat verliert“. Dieser Begriff *geming* wird bezeichnenderweise auch heute noch als Ausdruck für „Revolution“ verwendet.

Daß „Mandats-Verlust“-Vorstellungen dieser Art bis auf den heutigen Tag lebendig geblieben sind, ist am Rande spektakulärer Ereignisse immer wieder deutlich geworden, so z.B. beim Erdbeben vom 8. Juli 1975 in Birma, das die alte Tempelstadt von Pagan streckenweise in Schutt und Asche legte sowie das politische Ende des damaligen Präsidenten Ne Win „ankündigte“ oder aber die Serie von Naturkatastrophen von 1976, die mit den Politikatastrophen im gleichen Jahr, nämlich mit dem Tod der drei Spitzenpolitiker Mao Zedong, Zhou Enlai und Zhu De Hand in Hand ging. Parallelitäten dieser Art, die von einem Großteil der Bevölkerung als zusammengehörend empfunden werden, haben erneut deutlich werden lassen, daß in vielen asiatischen Kulturen der Newtonsche Kausalitätsbegriff auch heutzutage noch lange nicht als der Weisheit letzter Schluß gilt.

Angesichts dieser überindividuellen Begründung von Macht braucht es nicht zu verwundern, daß politische Herrschaft in Asien ernstgenommen wird und daß freiwilliger Gehorsam die Regel, Rebellion aber die Ausnahme ist. Man gehorcht gerne in Asien, sei es nun, daß der Herrscher als Gottesverkörperung (Devaraja) gilt, daß er als Statthalter Allahs auf Erden angesehen wird oder sei es, daß sich ein Politiker mit seinen Wohltaten dem Volk als neuer „Edler“ zu präsentieren weiß.

Kein Wunder, daß Begründungszusammenhänge dieser Art auch heutzutage noch zu einem respektvolleren „Umgang“ mit Politikern führen als dies etwa in Europa der Fall ist. Dies wurde nicht zuletzt anhand einer Ausstellung politischer Karikaturen nachvollziehbar, die 1996³⁰ in Tokyo stattfand, und bei der 90 repräsentative Zeichnungen von elf Künstlern aus neun asiatischen Ländern zu sehen waren, die sich auf witzige - und immer nachdenklich stimmende - Art und Weise mit Problemen wie mangelnder Altenversorgung, Umweltzerstörung oder mit dem päpstlichen Edikt gegen die Verwendung von Kondomen auseinandersetzten. Auf einer Karikatur war beispielsweise ein Wald zu sehen, der mit „entsorgten“ Senioren angefüllt war: für asiatische Leser immer noch ein schockierender Anblick! Andere Karikaturen zeigten auf verblüffende Weise die Umkehrung von Geschlechterrollen - auch in der Politik. Im Gegensatz zu den meisten westlichen Karikaturen fehlten in der Ausstellung auffälligerweise Cartoons, die Politiker offen oder auch

nur versteckt verhöhnten. Die Karikaturisten kaprizierten sich zwar auf politische Fragen, nicht jedoch auf die Politiker, mit denen sie ganz offensichtlich nicht unsanft umspringen wollten.³¹

5.2.2.2

Charisma

Es wurde oben ausgeführt, daß „Macht“ nach asiatischer Auffassung keineswegs die Folge *individueller* Eigenschaften ist, sondern daß es sich gerade umgekehrt verhält. Dieser Punkt bedarf noch einer weiteren Erläuterung, da er grundlegende Unterschiede zu europäischen Auffassungen erkennen läßt:

Eine der Hauptdifferenzen zwischen europäischem und asiatischem Denken besteht darin, daß dieses zu Objektivierung, jenes hingegen zu Subjektivierung einlädt: Nach westlicher Auffassung stehen sich beim Erkenntnisvorgang Subjekt und Objekt als Erkennendes und Erkanntes - in dualistischer Weise - gegenüber. Ziel aller Erkenntnis ist es, die Gegebenheiten zu objektivieren und sie in Begriffe zu fassen und z.B. den A als „Lügner“, ein geometrisches Gebilde aber als „Viereck“ zu erkennen. Als „erkannt“ gilt demnach, was in objektive Begriffe eingegangen und von subjektivem Beiwerk befreit ist.

In der asiatischen Tradition verläuft dieser Prozeß gerade umgekehrt. Hier besteht der Drang, alles Objektive zu subjektivieren. Es geht m.a.W. nicht um bloßes „Erkennen“, sondern um Innewerden, d.h. um Aufhebung der Subjekt-Objekt-Dualität. Ein Hindu, der die Einheit zwischen Einzelseele und Weltseele (*atman* und *brahman*) existenziell „erfahren“, und ein Buddhist, dem die Leidhaftigkeit sowie die Substanzlosigkeit der Welt zum „Erlebnis“ geworden ist, darf als bereits „erlöst“ im religiösen Sinne gelten. Ein Konfuzianer, der *li* als Konkretisierung des „schlechthin richtigen Wegs“ „erlebt“ hat, verkörpert das „Edle“ schlechthin und wirkt damit als „Polarstern“ (*beichen*) für andere Mitglieder der Gesellschaft, die seinem gleichsam magisch anziehenden Vorbild folgen - und damit übrigens zugleich auch politischer „Macht“ Anerkennung zollen. Ein Japaner, der sich auf den „Weg des Kriegers“, den *Bushido* erfolgreich eingelassen hat, ist ebenfalls dem „schlechthin Richtigen“ auf der Spur und erlangt damit ein im wahrsten Sinne des Wortes „übermenschliches“ Durchsetzungsvermögen, weil er ja nicht nur seine (individuelle) „Persönlichkeit“ vollendet, sondern sich auf den „Weg“ des Eigentlichen begeben hat. Dies ist gemeint, wenn es heißt, daß der Mensch durch geistige Kraft materielle Bedingungen verändern kann. „Wer alles richtig macht“, gewinnt Omnipotenz und wird zum Sitz einer numinosen Kraft, die ihm quasi-göttliche Eigenschaften verleiht.

Einsichten dieser Art haben die verschiedensten - und bisweilen kuriosesten - Auswirkungen: Dies beginnt etwa damit, daß Helden in chinesischen oder japanischen Erzählungen und Filmen mit übernatürlichen Kräften aufgeladen sind und nicht mehr den Gesetzen physikalischer Schwerkraft unterliegen. Dies führt aber auch zum Postulat Mao Zedongs, daß den „Volksmassen“, einmal richtig mobilisiert, „unbegrenzte Schöpferkraft innewohnt“ (*wuxiande chuangzaoli*). Da „ihre Bedürfnisse und Wünsche“

²⁸Einzelheiten dazu Weggel, *Die Asiaten*, a.a.O., S.105 ff.

²⁹Lunyu XIV.45.

³⁰Im Asia Center der Japan Foundation vom 24.8 bis 12.9.96

³¹„Toon Time in Asia“, AW, 30.8.96, S.41 f.

der Ausdruck des schlechthin Richtigen sind (hier knüpft Mao an die alte Erkenntnis des Menzius an, daß sich der Wille des Himmels in den Wünschen des Volks ausdrückt), kommt alles darauf an, diesen Bedürfnissen und Wünschen, in denen sich ein „gewaltiger Drang zum Sozialismus“ offenbart, auf den Grund zu gehen. Ganz in diesem Sinne besteht „richtige Führung“ darin, „aus den Massen zu schöpfen und in die Massen hineinzutragen, d.h., die Meinungen der Massen zu sammeln, sie zu konzentrieren und sie dann wieder an die Massen zurückzugeben, sie (dabei ständig) zu propagieren und zu erläutern, bis die Massen sie sich zu eigen gemacht haben... Anschließend sind die Bekundungen erneut zusammenzufassen und erneut hineinzutragen... Und so geht es unendlich spiralförmig weiter, wobei die Meinungen mit jedem Mal richtiger, lebendiger und fruchtbarer werden“. Dies ist die berühmte Lehre Mao Zedongs von der „Massenlinie“.³² Obwohl Mao die Massenlinie als Inbegriff der „marxistischen Erkenntnistheorie“ bezeichnet,³³ handelt es sich hier doch eher um ein Vermächtnis daoistischer Erkenntnisansätze. Aus diesem Grunde war ja auch der maoistische „Voluntarismus“ den KPdSU-Vertretern in Moskau zeitlich so fremd - und immer ein wenig unheimlich geblieben. Der maoistische „Weg“ folgte denn auch nicht der klassischen marxistischen Linie, derzufolge die Basis den Überbau bestimmt; vielmehr führte er geradezu ins Gegenteil, weshalb der Begriff des „Voluntarismus“ in der Tat den Nagel auf den Kopf traf.

Als dritte Exemplifizierung dieser eigenartigen „spiritualistischen“ Auffassung sei hier der Aufstieg der Exportmacht Japan aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs angeführt. Daß die insulare Wirtschaft nicht am Boden liegenblieb, sondern schon bald wieder wie ein Phönix aus der Asche hochstieg, verdankte sie in erster Linie Tausenden von kleinen Firmen, die ihre Exportvertreter während der 60er und 70er Jahre in alle Welt ausschwärmen und Handelsnetze knüpfen ließen. Zwischen 1975 und 1976 veröffentlichte die japanische Tageszeitung *Asahi Shimbun* zu diesem Thema serienweise Geschichten, die das stille Heldentum dieser Handelsreisenden portraitierten und damit zugleich auch die Legende zerstörten, daß das japanische Ausfuhrwunder Folge eines großen Managemententwurfs gewesen sei. Statt dessen habe man die Wende dem geduldigen Wirken von Einzelpersonen zu verdanken gehabt, die sich in den Dienst des damals notleidenden gesamtjapanischen *ie* („Haus“) gestellt und damit dessen Energien in sich aufgenommen hatten.³⁴

Bisweilen wird diese besondere Fähigkeit, materielle Grenzen zu sprengen, nicht nur dem Bushido zugeschrieben, sondern findet darüber hinaus eine spezifisch religiöse, d.h. shintoistische oder gar schamanistische Deutung. Unabhängig von solchen Spekulationen ist sie aber in jedem Fall ein wichtiges Hilfsmittel, um nicht nur materielle Fesseln zu sprengen, sondern um sich überhaupt auf „japanische Weise“ in der Welt zurechtzufinden, Glück und Unglück zu ertragen und eine bestimmte, oft unver-

dient niedrige Stellung in der Gesellschaft zu akzeptieren. Nicht zuletzt liegt hier aber auch die Wurzel für den in der metakonfuzianischen Gesellschaft so auffällig häufig zutage tretenden Optimismus, der - nebenbei sei es gesagt - auch wirtschaftliches Verhalten beflügelt.

Wo Macht so sehr von der Übereinstimmung mit dem schlechthin richtigen „Weg“ (oder auch von göttlicher Gnade) abhängt, braucht es nicht zu verwundern, daß ihr mehr Respekt entgegengebracht wird, als dies z.B. im Westen der Fall ist, wo Macht ja lediglich als Fähigkeit eines Individuums begriffen wird, sie zu erkämpfen und möglichst lange an ihre festzuhalten. Auch ist es nicht weiter erstaunlich, daß vor diesem Hintergrund neoautoritäre Herrschaftsformen einen idealen Nährboden finden und daß das Modell Singapurs, in dem sich Neoautoritarismus und Wirtschaftserfolge so eindrucksvoll verbinden können, überall Faszination ausübt, und zwar nicht nur auf typisch metakonfuzianische Gesellschaften, sondern auch auf Sozietäten, die an ganz andere Traditionen anknüpfen, wie z.B. auf Malaysia.

Das Tauziehen zwischen den zwei Hauptoptionen, nämlich zwischen Demokratie und Neoautoritarismus, wird deshalb vermutlich noch lange andauern.³⁵ Es bleibt vor allem der Dynamik einer im traditionellen Asien so gut wie unbekanntes Gesellschaftsschicht - nämlich dem neuen Mittelstand - überlassen, hier den Durchbruch von der Tradition zur Moderne zu schaffen - nämlich zur Demokratisierung. Daß dies prinzipiell möglich ist, haben Gesellschaften wie die Bevölkerung Taiwans oder Hongkongs bereits in den 80er Jahren des 20. Jh. auf eindrucksvolle Weise demonstriert.

Gleichwohl stehen nicht wenige politische Eliten - man denke etwa an die Führungen in der VR China und in Singapur - nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sich ihre Gesellschaften mit der so eindrucksvoll entfalteteten Wirtschaftsdemokratie zufriedengeben sollten, und daß politische Demokratie mit ihrer Parteien- und Meinungsvielfalt diesem einmal erreichten Standard nur schaden könne. Die Synthese von kapitalistischen Wirtschafts- und leninistischen Herrschaftstechniken gilt dort also nach wie vor als durchaus verträglich. Wirtschaftlicher Erfolg könne nur mit harter Hand herbeigeführt und gesichert werden. Länder mit allzu großzügigen demokratischen Spielregeln wie z.B. Indien, Australien oder die Philippinen seien „basket cases“, also hoffnungslose Fälle.

Kritiker aus dem liberalen Lager halten dieser Argumentation entgegen, daß wirtschaftliche und politische Freiheiten auf die Dauer nicht voneinander getrennt werden könnten. Im Widerspruch dazu wäre es den meisten Angehörigen der politischen Eliten Asiens freilich lieber, die neoautoritäre Spielart setzte sich auf die Dauer durch.

Angesichts so diverser Meinungsbilder gehört es mit zu den spannendsten Fragen, wie sich das Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Demokratie in Asien weiterentwickelt - ob es also bei der Trennung bleiben kann oder ob am Ende Konvergenz nicht doch unumgänglich ist. Bis zum Jahr 2050 dürfte sich dieser Konflikt zum größten Teil schon gelöst haben.

³²Mao Zedong, „Einige Fragen der Führungsmethoden“ vom 1. Juni 1943, Bd.III der *Ausgewählten Werke*, Peking 1969, S.135-141, hier 137 f.

³³Ebd.

³⁴Dazu Tatsuo Ugoro, *Die rätselhafte Nation. Mentalität und Denkweise der Japaner*, Stuttgart 1983.

³⁵Zu diesem Punkt vergl. C.a., 1997/8, S.663 f.

5.2.3

Kommunikation: Wie läßt sich der „Draht“ zwischen Führung und Bevölkerung verbessern?

Bei der „Verständigung“ zwischen Eliten und Bevölkerung dürften mittelfristig zwei Fragen in den Vordergrund treten, nämlich (1) das Problem, ob die Bürokratien wirklich alles „im Griff“ haben müssen, weil sonst die Gefahr bestünde, daß moderne Übermittlungstechniken zum Sprengstoff für gesellschaftliche Traditionen würden sowie (2) die Suche nach einem technisch geeigneten und politisch akzeptablen sprachlichen Medium: Wie also sollen sich Asiaten künftig untereinander im eigenen Land sowie über die Grenzen hinweg verständigen? Ist zu erwarten, daß sich eine der asiatischen Sprachen als lingua franca durchsetzt?

5.2.3.1

Internet, Mobiltelefone und das gute alte Netzwerke

In früheren Zeiten spielte die soziale Zelle, die sich zu meist um Familien, Clans und Dorfgemeinschaften herum gebildet hatte, vor allem deshalb eine so überragende Rolle, weil die primäre Kommunikation aus natürlichen Gründen - z.B. wegen der entfernten Lage des nächsten Dorfes im Gebirge - keine weiten Kreise ziehen konnte. Unter diesen Umständen erwiesen sich neue Techniken wie Internet und Mobiltelefon als geradezu ideale Instrumente, um Kontaktschranken zu überwinden und Netzwerke weiter auszuspannen. Die Grenzen werden damit weniger geographischer, als vielmehr sprachlicher Natur.

Welcher Stellenwert dem Mobiltelefon in einer umtriebigen Gesellschaft wie derjenigen Hongkongs zukommt, konnte der Ostasienreisende schon in den 80er Jahren erfahren, als die neue Technologie in Deutschland noch kaum in Erscheinung getreten, in Hongkong aber bereits zu einer Art „Volkssport“, ja bisweilen zum Instrument einer neuen Zwangsneurose geworden war: Keine Straßenecke, kein Restaurant und keine Geschäftspassage, wo nicht irgendjemand telefoniert hätte, so daß man bisweilen den Eindruck bekommen konnte, als gehe es hier um l'art pour l'art und um Gesichtsgewinn: Wer so häufig angerufen und kontaktiert wird, kann ja unmöglich bedeutungslos sein! In der Tat hatten sich damals bereits besondere Dienstleistungsbüros etabliert, die gegen Zahlung einer Monatsgebühr ihre Kundschaft anriefen - und damit „Wichtigkeit“ signalisierten. Da in der ostasiatischen Gesellschaft - anders als im individualistischen Westen - die Privatsphäre keine besondere Rolle spielt, werden Anrufe dieser Art meist auch nicht als Störung, sondern als kommunikative Bereicherung empfunden. Dies ist besonders in solchen Kulturen der Fall, wo der *Beziehung*, also dem Großen Dazwischen, besonderer Vorrang eingeräumt wird.

Mit Hilfe der „Digitalkultur“ erfährt das *kaihui* („Versammlungen abhalten“) und das *zie*, also der harmonische „Ausgleich“, eine Erweiterung und Neudimensionierung.

Durch die neuen Kommunikationsmedien werden aber nicht nur die „gut miteinander verknüpften Gesellschaften“ noch mehr verfestigt; vielmehr erhalten auch „locker strukturierte Gesellschaften“ die Chance zur besseren Vernestelung.

Den politischen Eliten allerdings dürfte die neue Digitaltechnik zusätzliches Kopfzerbrechen bereiten, da via Internet, Videorekorder oder Satellitentelefon auch unerwünschte Informationen aus anderen Welten eindringen können, die zu „geistiger Verschmutzung“ (*jingshen wu-ran*) führen. Kein Wunder, daß es in Ländern wie China

oder Vietnam immer wieder zu Versuchen kommt, den Zugang zum Internet zu kontrollieren oder daß sogar ein Stadtstaat vom Zuschnitt Singapurs die Aufstellung von Satellitenschüsseln verbietet.

Auf die Dauer dürften Versuche dieser Art allerdings zum Scheitern verurteilt sein.

Nirgends auf der Welt gibt es ja etwas Dezentralisiertes als das Internet. Der Teilnehmer steht hier im Mittelpunkt der Welt, lenkt alle Informationen auf sich zu und läßt auch in Gegenrichtung alle Kanäle für sich arbeiten. Regierungen haben sich angesichts dieser so fundamental neuen Situation zu entscheiden: Entweder gestatten sie Internetverbindungen - und liefern die öffentliche Meinung damit einer kaum noch kontrollierbaren Dynamik aus - oder sie bremsen den Fluß, verzichten damit aber auf eine Technik, der die Zukunft gehört.

Gegen die neue Technik ist langfristig wohl kein Kraut gewachsen. Daher dürfte sich die Bürgergesellschaft in dem Maße stärker ausprägen wie die Selbstgestaltungs- auf Kosten der obrigkeitlichen Zugriffsmöglichkeiten zuzunehmen.

Ob dadurch freilich der überkommene „Wir-ismus“ durch eine neue Ich-Bezogenheit verdrängt wird, steht auf einem anderen Blatt. Wer von Kindesbeinen an dazu erzogen worden ist, in Beziehungskategorien zu denken, wird die neuen technischen Möglichkeiten im Zweifel wohl eher dazu benutzen, Vernetzungen quantitativ auszuweiten und sie qualitativ zu intensivieren als mit einem Neuanfang zu beginnen, von Grund auf umzusteuern und sein Ego in den Mittelpunkt zu setzen.

Auch das gute alte Telefon hat ja der ostasiatischen Guanxi-Kultur nichts anhaben können, sondern sie in ihren sozialen Entelechien sogar noch bestärkt. In ähnliche Richtung dürften sich auch die Nachfolgetechnologien weiterentwickeln.

5.2.3.2

Die Suche nach einer gemeinsamen Sprache

Wird im 21. Jh. beim Verkehr zwischen den asiatischen Staaten „westlich“ oder „asiatisch“ gesprochen - oder läuft die Entwicklung auf eine dritte Option hinaus?

5.2.3.2.1

Englisch?

Spätestens in den 90er Jahren haben die meisten Asiaten ihren Frieden mit der englischen Sprache geschlossen, und zwar nicht nur deshalb, weil die Erinnerungen an den Kolonialismus längst zu verblassen beginnen, sondern weil man überdies entdeckt zu haben glaubt, daß sich die Benutzung des Englischen keineswegs kontraproduktiv auf das nationale Sprachgut auswirkt.

Diese Erkenntnis kam vor allem den Behörden Malaysias, die noch in den frühen 70er Jahren fest entschlossen gewesen waren, im Unterricht Englisch abzubauen und dafür um so stärker die einheimische Sprache Bahasa Malaysia zu fördern. Schon bald mußten die Politiker in Kuala Lumpur jedoch entdecken, daß sie hier ein Eigentümer geschossen hatten, weil sogar die Verständigung mit den ASEANischen Nachbarn auf Hindernisse zu stoßen begann.

Auch andere Asiaten kamen zu der Erkenntnis, daß der Umgang mit der Fremdsprache Englisch keineswegs zu einem Verlust an muttersprachlicher Substanz, sondern ganz im Gegenteil zu einer Sensibilisierung für das eigene Idiom führte.

Hinzu kommt die Einsicht, daß etwa vier Fünftel der elektronischen Informationen, die heutzutage durchs Internet laufen, auf englisch abgefaßt sind. Wenn schon eine

Fremdsprache, dann also Englisch, lautete die mittlerweile neu gewonnene Erkenntnis.

Im übrigen haben die Asiaten entdecken können, daß jede Sprachgruppe am Ende sogar ihr eigenes Englisch hervorbringt, so daß schon heute zwischen „Japlish“, „Chinglish“ und „Singlish“ unterschieden werden kann - von den indischen Sub-Varianten des Englischen erst gar nicht zu reden.

An die Stelle der einst von Haßliebe erfüllten Beziehungen zum Englischen ist mittlerweile also eine mildere Einstellung getreten, die nicht zuletzt auch von utilitaristischen Überlegungen mitbestimmt wird. Immerhin greifen zwei Großflächengebiete, nämlich Indien und der ASEAN-Bereich, bei der „interkulturellen“ Verständigung aufs Englische zurück.

5.2.3.2.2

Asiatische Sprachen als *linguae francae*?

Im Gegensatz zu Indien und zur ASEAN-Allianz haben es allerdings zwei Großflächenstaaten Asiens, nämlich China und Indonesien, also die Nr.1 und die Nr.4 unter den bevölkerungsreichsten Nationen dieser Erde, zuwege gebracht, sich eine eigene Nationalsprache zuzulegen - China auf der Basis der Jinhua, d.h. der Hauptstadtssprache (gemeint ist die überkommene Beamtensprache von Beijing), Indonesien aber auf der Grundlage eines malaiischen Basardialekts, der vom hochentwickelten Javanisch, Balinesisch oder Sundanesisch nicht weniger weit entfernt ist als die neue chinesische Hochsprache vom Kantonesischen oder aber von der an der Fujianküste sowie in Taiwan gesprochenen Minnanhua. Beide Staaten haben auch ein einheitliches Schriftsystem durchsetzen können, das bei der Bahasa Indonesia auf der Grundlage der lateinischen Schrift zustandekam und das in China mit einer Vereinfachung zahlreicher Schriftzeichen sowie mit einer Lautverschriftung einherging, welche letztere allerdings in der Volksrepublik anders ausgefallen ist als auf Taiwan, insofern hier die Pinyin auf der Grundlage der lateinischen Schrift, dort aber die Bopomofo (Zhuyin) auf der Basis einer neuentwickelten Lautungssymbolik ins Rennen geschickt wurde.

Langfristig dürfte die VR China wohl nichts unversucht lassen, um ihre Hochsprache, die Putonghua, die ja immerhin von einem Viertel der Menschheit als Grundverständigungsidiom benutzt wird, zur Konkurrenz des Englischen auszubauen, wobei China allerdings noch an Statur gewinnen müßte, indem es sich etwa zur führenden Weltwirtschaftsmacht und zu einer der maßgebenden Technologiemächte entwickelte.

Drei Gründe scheinen jedoch dafür zu sprechen, daß solche Wettbewerbsansätze zum Scheitern verurteilt sind: Zum einen hat das Englische bereits einen weltweiten Vorsprung gewinnen können, zum zweiten „vergißt sich“ der Durchschnittsasiate mit dem Englischen weit weniger als mit dem Chinesischen - vom Japanischen erst gar nicht zu reden -, da ja eine Übernahme sprachlicher Gewohnheiten stets auch mit der Anerkennung von „Vormacht“ einherzugehen pflegt und da das Englische hier weitaus weniger mit Herrschaftsansprüchen assoziiert wird als dies beim Chinesischen oder gar beim Japanischen der Fall wäre.

Drittens aber ist der Vorrang der Putonghua selbst innerhalb des großchinesischen Sprachraums alles andere als unumstritten. Vor allem von Südschinesen, die Dialekte sprechen, welche vom Mandarin oft weit abweichen, wird die Putonghua als „*Ganbuhua*“, d.h. als Kadersprache abgelehnt. Dies gilt noch stärker für die Huaren-Gemeinden, in deren Bereich Dialekte und Landsmann-

schaften noch allemale die eigentlichen gesellschaftlichen Angknüpfungspunkte abgeben.

Vielfach definieren „die“ Südschinesen, ähnlich wie übrigens die drawidischen Südsinder, ihre Identität über ihre Muttersprache - und können sich schon deshalb mit der Vorherrschaft einer gesamtchinesischen (Mandarin) oder einer gesamtindischen (Hindustani) Sprache nur schwer abfinden.

Um zu verdeutlichen, welche Abwehrkräfte hier gegen eine gesamtsprachliche „Vereinnahmung“ bestehen, sollen einige Parallelen zwischen „Südindien“ und „Südchina“ gezogen werden:

Da die Neuordnung des indischen Staats 1947 unter sprachlichen Gesichtspunkten erfolgte, war es nur natürlich, daß sich die vier südlichen Bundesstaaten schon bald als gemeinsamer „drawidischer“ Block zu empfinden begannen. In Tamil Nadu wird Tamil, in Andhra Pradesh Telugu, in Karnataka Kannada und in Kerala Malayalam gesprochen.

Telugu, Kannada und Malayalam sind mit dem Tamil verwandt, obwohl sie sich im Laufe der Jahrhunderte zunehmend dadurch verselbständigt haben, daß sie in unterschiedlicher Weise Sanskrit-Lehnwörter inkorporierten. Gleichwohl sind die Sprachen untereinander verständlich geblieben und lassen sich auf gemeinsame Wurzeln in der vorarischen Induskultur von Mohenjo Daro und Harappa zurückführen.³⁶ Was das Tamil, die älteste der drawidischen Sprachen anbelangt, so kann es überdies auf eine besonders hochentwickelte frühe Literatur verweisen.

Kein Wunder, wenn das Vordringen der indoarischen Kultur nach Süden von den Drawiden im Laufe der Jahrhunderte zunehmend als Gefährdung ihrer Eigenständigkeit empfunden wurde und wenn vor allem zwei Entwicklungen Abwehrreaktionen auslösten, nämlich das Suprematieverlangen des Brahmanentums im politischen und das Vordringen von Sanskritelementen im kulturellen Leben. Im 20. Jh. sollte vor allem der Sprachantagonismus noch einmal besondere Brisanz annehmen, als nämlich die Congress Party in den Jahren 1947 ff. versuchte, die in Nordindien verbreitete Mischsprache Hindustani auch im Süden als gesamt nationales Idiom durchzusetzen. Beim Hindustani handelt es sich um ein sanskritisiertes, d.h. weitgehend von Urdu-Elementen gereinigtes, Hindi, das an die Stelle der bis dahin etablierten Amtssprache Englisch treten sollte.

Die damals explosiv in allen drawidischen Bundesstaaten ausbrechende Anti-Hindustani-Agitation sollte schon bald zum Hauptkristallisationspunkt drawidischen Eigenbewußtseins werden. Für die Anhänger der Drawidenbewegung galt Hindi/Hindustani als eine Fremdsprache, als ein Sanskritableger und als ein Werkzeug des Brahmanentums, das, wie sie behaupteten, mit dem Ziel eingesetzt würde, die Drawiden endgültig zu dominieren. Ängste dieser Art waren noch dadurch verstärkt worden, daß die Engländer gegen Ende ihrer Kolonialherrschaft den Brahmanen auch in den Südstaaten immer mehr Führungsposten zugeschanzt hatten. Obwohl sich diese Bevorzugung damit erklären ließ, daß die brahmanischen Amtsträger meist besser Englisch sprachen als die übrige Bevölkerung, wurde das ihnen erteilte Privileg von den Anhängern der drawidischen Bewegung doch sogleich wieder historisch eingeordnet und im Sinne eines erneuten Anlaufs zur Unterwerfung der Drawiden durch die „Brahmanen“ gedeutet.

Kein Wunder, daß sich gerade im Zeichen der Sprachenfrage nacheinander zahlreiche drawidische Bewegun-

³⁶N. Lahovary, *The Dravidian Origins and the West*, Bombay, Calcutta, Madras, Delhi o.J.

gen und politische Parteien herauszuentwickeln begannen, die sich bezeichnenderweise fast durchweg als „Non-Brahmin Associations“ verstanden - und sich im Untertitel auch so nannten.³⁷

Zwar richtete sich die Polemik der drawidischen Fundamentalisten auch gegen „die Brahmanen“ und gegen „den Hinduismus“, welch letzterer als Werkzeug hingestellt wurde, mit dessen Hilfe das drawidische Volk versklavt werden sollte.

Zugkräftigstes Thema aber blieb nach wie vor die Sprachenfrage.

Einen besonders breiten Resonanzboden fand die drawidische Bewegung vor allem im Film, so daß es keineswegs ein Zufall war, daß sich Madras schon in den frühen Jahren der Indischen Union zum Zentrum der indischen Filmindustrie entwickeln konnte. Auch über Rundfunk und Fernsehen wurden die drawidischen Hochsprachen und Mundarten kräftig alimentiert. Einer der Superstars der Telugu-Filmindustrie, Rama Rao, der in Dutzenden von Filmen immer wieder die Rolle des Gottes Rama verkörpert hatte, wurde von der drawidischen Bevölkerung ganz auf der Linie altüberkommener hinduistischer Traditionen - schon bald selbst als Gott verehrt - und als solcher zum Chief Minister von Andhra Pradesh gewählt.

Gibt es zu dieser Drawidenbewegung Parallelen auch in China?

Zwar sind hier, im südchinesischen Raum, nie politische Kräfte aufgekommen, die sich linguistisch legitimiert und Kampagnen im drawidischen Stil betrieben hätten, doch sind Empfindlichkeiten gegenüber nordchinesischen Anmaßungen hier durchaus ebenfalls präsent, auch wenn sie sich bisher als solche politisch kaum artikuliert haben. Viele Südchinesen fühlen sich linguistisch „überfahren“, zumal Sprachen wie Beijinghua und Guangzhouhua oder aber Beijinghua und Shanghaihua so verschieden voneinander sind, daß Sprecher beider Gruppen zu keiner Verständigung kommen, es sei denn, sie unterhielten sich in der Hoch- oder aber in einer ihnen gemeinsamen Fremdsprache.

Was die so überaus hohen Mauern zwischen den Hansprachen anbelangt, so werden nach offizieller Einteilung³⁸ sieben große Einheiten unterschieden, von denen es eine, nämlich die nordchinesische Gruppe, zur offiziellen Staatssprache, dem Putonghua/Guoyu gebracht hat. Diese Nordgruppe, der rund 70% der Han-Bevölkerung angehören, zerfällt in vier Untergruppen (Nord-, Nordwest-, Südwest- und Yangzidialekte), zwischen denen es keine allzu hohen Verständigungshürden gibt. Stark abweichend und für „nördliche“ Sprecher kaum verständlich sind dagegen die sechs weiteren Gruppen, nämlich (1) die Wu-Dialekte (auch „Suzhouer“ Dialekt, gesprochen von rund 8,4% der Han-Chinesen und verbreitet in Süd-Jiangsu, Shanghai und Zhejiang), (2) die Xiang- (oder Hunan-) Dialekte (5%), (3) die Gan- (oder Jiangxi-) Dialekte (auch Nanchanger Dialekt), (4) die Kejia- (oder Hakka-) Dialekte (in Guangxi und im nördlichen Guangdong), (5) ferner die Yue- (oder Guangzhou-) Dialekte (Guangdong, Hongkong) und nicht zuletzt (6) die Min- (Süd-Fujian oder Xiamen-) Dialekte, die in Fujian, Süd-Zhejiang, in Hainan sowie auf Taiwan beheimatet sind, nicht zu vergessen auch der Nord-Fujian- (oder Fuzhou-) Dialekt (gesprochen von 12% der Bevölkerung!).

Zwar wurden die so mächtig aufragenden Sprachmauern im Laufe der Geschichte immer wieder überwunden, vor allem mit Hilfe der Schriftzeichen, denen bei der Verständigung innerhalb der Beamtenschaft eine ähnliche Funktion zukam wie dem Lateinischen zwischen den verschiedenen Nationen zur Zeit des europäischen Mittelalters.

Stellten die Sprachhürden für die „Große Kultur“ des Beamtentums also durchaus kein Hemmnis dar, so wirkten sie sich für die „Kleinen Kulturen“ doch um so hinderlicher aus. Noch heute dienen Sprachen und Dialekte Südchinas deshalb als Hauptanknüpfungspunkte für Geschäftsverbindungen, für die Errichtung von Vereinigungen und für andere Spielarten der Guanxi-Kultur.

Stehen also schon die im außerchinesischen Asien so einflußreichen Huaren (mit ihrer zumeist südchinesischen Herkunft) einer Vorherrschaft des Mandarin skeptisch gegenüber, so dürfte diese Ablehnung der Putonghua als asiatischer lingua franca bei den nichtchinesischen Asiaten eher noch stärker sein. Im Zweifel neigen sie daher mehr zum Englischen als zum Chinesischen; eine dritte Variante, etwa in Gestalt des Japanischen, der Bahasa Indonesia oder aber des Hindi dürfte wegen des mangelnden Verbreitungsgrads dieser Sprachen, aber auch wegen der fehlenden politischen Akzeptanz ohnehin nicht in Betracht kommen.

5.2.3.2.3

Der dritte Weg: Neue Übersetzungstechnologien
Die Kontinente der Dritten Welt sind von einem bunten Sprachkleid überzogen, das in „Asien“ ganz besonders farbig ausfällt: In Lateinamerika haben sich, sieht man einmal von wichtigen Dialekten wie dem Quechua ab, im wesentlichen zwei Sprachen durchsetzen können, nämlich Spanisch und Portugiesisch. In Afrika bestimmen ebenfalls gerade einmal zwei Amtssprachen den linguistischen Kosmos, nämlich Englisch sowie Französisch und selbst in Mittelost sind es lediglich drei Hauptidiome, die den Ton angeben, nämlich Arabisch, Farsi und Türkisch. Jedoch in Asien? Hier kommt man, auch wenn die Dialektvarianten völlig außer acht bleiben, sogleich auf Dutzende von Hochsprachen, angefangen von Tonidiomen (Chinesisch, Vietnamesisch, Birmanisch, Thai) über agglutinierende (Japanisch, Koreanisch, Mongolisch) und inkorporierende bis hin zu flektierenden und anderen Sprachen, die sich jeder dieser Einteilungen entziehen, sei es nun Bahasa Malaysia, Bahasa Indonesia, Tagalog und Khmer oder sei es Hindi, Urdu, Hindustani und die verschiedenen Dravida-Idiome - gar nicht zu reden von den nach Hunderten zählenden Dialekten, mit denen jener „Mini-Nationalismus“ einherzugehen pflegt, von dem in der vorliegenden Serie bereits die Rede war.³⁹ Im Vergleich mit diesem Sprachbabel wirkt selbst das polyglotte Europa, in dem sich die meisten Idiome ja auf drei Hauptstämme (germanisch, romanisch, slawisch) zurückführen lassen, wie eine linguistische Einheit!

Allein schon die mechanische Aufzählung all der verschiedenen Sprachen zeigt, wie differenziert und „inkommunikabel“ der Kontinent Asien zumindest linguistisch ist und wie sehr er sich in dieser Hinsicht auch von anderen Kontinenten abhebt. Kein Wunder, wenn hier der Hunger nach modernen Übersetzungstechnologien besonders groß ist, auch wenn das Englische als Medium der Verständigung zumindest vorübergehend Lücken füllen kann. Sollten diese bereits in Entwicklung befindlichen Übersetzungsgeräte einmal auf den Markt kommen, dürften sie in Asien besonders reißenden Absatz finden.

³⁷Dazu Stefan Kruse, *Regionalismus in Südindien: Die Drawidische Bewegung*, Bd. 67 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1975, S.33 ff., 41.

³⁸Yuan Jiahua, *Hanyu fangyan gaiyao* (Überblick über die chinesischen Dialekte), Beijing 1960.

³⁹C.a., 1997/4, S.329 ff.